

Bezugspreis: Vierteljährlich 12.— M., monatlich 3.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die feingedruckte Reklameregel kostet 7.— M. ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 16. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Deutschland beantragt Zahlungsaufschub. Aufrollung des Reparationsproblems.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat am Abend des letzten Mittwoch folgende Note an den Präsidenten der Reparationskommission abgeschickt:

Berlin, den 14. Dezember 1921. Herr Präsident!

Wie ich der Reparationskommission bei ihrer letzten Anwesenheit in Berlin erklärt habe, ist die deutsche Regierung auf das ernstlichste bemüht gewesen, die beiden nach dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 bevorstehenden Zahlungen zu sichern. ...

Unter diesen Umständen kann die deutsche Regierung nicht mehr damit rechnen, daß es ihr gelingen wird, diejenigen Beträge in voller Höhe zu beschaffen, die nötig wären, um die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu bezahlen. ...

Die deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, bei der Reparationskommission für den nichterfüllbaren Restbetrag der Raten vom 15. Januar und 15. Februar einen Zahlungsaufschub zu beantragen. ...

Genehmigen Sie usw.

gez. Wirth.

Die Reparationskommission hat bei ihrem letzten Aufenthalt in Berlin auf der Zahlung der Januar- und der Februarrate bestanden. Auf deutsche Einwendungen hat sie wiederholt erwidert, daß die dazu notwendigen Mittel durch eine ausländische Anleihe wohl ausgebracht werden könnten ...

Nachdem die deutsche Regierung diese Antwort erhalten hatte, hat sie sich beeilt, sie der Reparationskommission mitzuteilen und diese darauf aufmerksam zu machen, daß sie bei ihrer unachtsichtigen Entscheidung über die Januar- und Februarraten von falschen Voraussetzungen ausgegangen war. ...

Aus der englischen Erklärung ergeben sich aber auch Folgerungen weit über die nächsten Monate hinaus. Denn wenn gesagt wird, daß Deutschland unter den gegenwärtig herrschenden Zahlungsbedingungen keine Anleihe, ja nicht einmal einen kurzfristigen Bankkredit erhalten könne, so ist damit gesagt, daß die ganze Erfüllung des Zahlungsplanes auf unüberwindliche Hindernisse stößt. ...

Dieser Zustand der Kreditunfähigkeit kann nach dem Urteil der englischen Finanzwelt auch durch eigene Maßnahmen Deutschlands nicht beseitigt werden. Daß solche

Maßnahmen überflüssig seien, ist hier niemals behauptet worden, vielmehr wurde stets das Gegenteil betont. Deutschland muß fortfahren zu erfüllen, was es erfüllen kann, zu diesem Zweck muß es seinen inneren Haushalt in Ordnung bringen und auch sonst alle zweckdienlichen Vorkehrungen treffen. ...

Der „Temps“ hat vor einigen Tagen sehr zutreffend ausgeführt, kein Volk der Welt sei an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands in höherem Grade interessiert als das französische. Die englische Hochfinanz aber erklärt diese Wiederaufrichtung für unmöglich, solange Deutschland die Last des Londoner Finanzdiktats auf seinem Rücken trägt. ...

Die französische Presse nimmt an, daß die deutsche Note vom 14. Dezember mit der Reise Rathenaus nach England in Zusammenhang stehe, und diese Annahme liegt in der Tat so nahe, daß sie unmöglich bestritten werden kann. Für bestimmte englische — und auch französische — Kreise kann diese Note keine Ueberraschung mehr sein. ...

Die Entscheidung kann dahin gehen, daß Deutschland der beantragte Zahlungsaufschub bewilligt wird. Sie kann auch darüber hinaus die Revision des Londoner Finanzdiktats in Angriff nehmen. Sie kann aber auch dahin lauten, daß die Entente nach dem 15. Januar, falls an diesem Tage die fällige Rate nicht bezahlt sei, zu Zwangsmahnahmen greifen würde. ...

Man wird in Frankreich wahrscheinlich auch jetzt wieder an die Reste des Goldbestandes erinnern, die in der Reichsbank vorhanden sind. Ueber die Wirkung einer völligen Entbühnung unserer Währung von jeder Goldbedeckung gehen die Meinungen der Finanztheoretiker weit auseinander. Sicher aber ist, daß Deutschland durch die Hergabe seines letzten Goldstücks noch nicht den hundertsten Teil seiner Gesamtschuld bezahlen kann, und ebenso sicher ist, daß dadurch eine neue, mehr oder minder weitgehende Entwertung unseres Papiergeldes bewirkt werden würde. ...

Diese Erkenntnis scheint heute in England allgemein, wie weit sie es auch in Frankreich ist, muß die nächste Zukunft lehren. Auf keinen Fall aber ist die Lage heute noch so gefährdend wie in der zweiten Hälfte dieses Jahres, in der von uns die Annahme des Londoner Finanzdiktats erzwungen wurde durch die Drohung, andernfalls würden die Alliierten das Ruhrgebiet besetzen und „alle anderen militärischen Maßnahmen zu Wasser und zu Lande ergreifen“. ...

Zwangsmahnahmen sind erst möglich, wenn die Reparationskommission gutachtlich erklärt hat, daß auf Seiten Deutschlands eine abhällliche Nichterfüllung vorliege. Nach den Ergebnissen der letzten sieben Monate, nach den Vorgängen, die sich bei dem Besuch der Reparationskommission in Berlin und nachher abgepielt haben, nach den Zeugnissen, die von hervorragenden Staatsmännern Englands und Frankreichs wiederholt für den guten Willen der deutschen Regierung abgegeben worden sind, schließlich nach der gutachtlichen Erklärung der englischen Bankwelt über die Ursachen der deutschen Kreditunfähigkeit — nach alledem dürfte es doch sehr schwer sein, zu dem Urteil zu gelangen, daß Deutschland böswillig mit seinen Zahlungen im Rückstand bleibe, und daraus dann die Begründung für ein gewaltames Vorgehen zu konstruieren. ...

Es hätte in Deutschlands Interesse gelegen, die Aufrollung des Problems, das mit der Note vom 14. Dezember tatsächlich aufgerollt ist, noch weiter zu vertagen. Aber

die objektive Unmöglichkeit der Erfüllung war stärker als der subjektive Wille zur Erfüllung. Und sollte durch den Willen der Alliierten auch eine neue Prolongation des Termins eintreten, der für alle peinlich ist — für uns am meisten —, der Tag muß ja doch kommen, an dem über die Revision der von Deutschland zu leistenden Zahlungen gesprochen werden muß. ...

Eine Rede des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler Dr. Wirth wird heute vormittag 10 Uhr im Hauptauschuß des Reichstages eine Erklärung über die deutsche Note an die Reparationskommission abgeben. Um 11 Uhr beginnt dann eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, für die ursprünglich Fragen der Ostpolitik als erster Beratungsgegenstand vorgesehen waren. ...

Aufhebung des Londoner Ultimatus?

Zur deutschen Note vom 14. Dezember erzählt M. von besonderer amtlicher Seite, daß in den verschiedenen Verhandlungen, die von Seiten der Regierung mit der Reparationskommission geführt worden sind, immer wieder darauf hingewiesen worden ist, daß Deutschland die Welt, besonders England, um Kredit angehen sollte. ...

In ähnlichem Sinne, wenn auch etwas referierter, bespricht das W.F. in einem offiziellen Kommentar die deutsche Antwortnote.

Erstes Echo aus Frankreich.

Paris, 15. Dezember. (E.F.) Die französische Presse beschäftigt sich heute lebhaft mit der neuen Lage, die durch die von der deutschen Regierung der Reparationskommission gemachten Mitteilung geschaffen ist, daß sie außerstande sei, die Januar- und Februarzahlungen einzuhalten. ...

England für Aenderung der Bedingungen.

Paris, 15. Dezember. (E.) Der „Temps“ beschäftigt heute die am Morgen bereits von Berlin im „Echo de Paris“ gemachte Andeutung, daß England bei Frankreich inoffiziell eine grundlegende Aenderung der Reparationspolitik angeregt hat. Nach dem „Temps“ stellt sich der Vorschlag, den England tatsächlich gemacht zu haben scheint, wie folgt dar: Da England aus den Reparationszahlungen weniger als 40 Millionen Pfund Sterling erhielt, wäre Deutschlands Einfuhr aus England nach Maßgabe der Ziffern vom Jahre 1913 bei den heute geltenden Preisen etwa 100 Millionen Pfund Sterling gleichzusetzen. England würde also ein besseres Geschäft machen, wenn es auf die Reparationszahlungen verzichtete. Es würde auch gleichzeitig auf die 600 Millionen Goldmark verzichten, die ihm Frankreich schuldet, und an deren Stelle deutsche Schuldverschreibungen übernehmen. Dasselbe sollte dann mit den übrigen Alliierten geschehen. Von den Vereinigten Staaten würde man ebenfalls fordern, daß es für die alliierten Schulden deutsche Schuldverschreibungen übernehme. Deutschland hätte dann statt 132 Milliarden Goldmark nur 60 Milliarden zu zahlen. Dadurch würde es infolge der großen Anleihe aufzunehmen und innerhalb 15 Jahre seine ganzen Reparationsverpflichtungen zu erledigen. Dieser finanziellen Abmachung würde eine politische zur Seite gehen. England würde jedoch einen Bündnisvertrag eingehen mit Frankreich, um es zur Herabsetzung seiner Rüstungen zu veranlassen. Der „Temps“ lehnt jedoch die finanziellen Vorschläge wie die Forderung nach Abrüstung Frankreichs entschieden ab. Da Deutschland überflüssig sei, genüge ein Pergament mit einem Bündnisversprechen keineswegs. Im übrigen würde England auch nicht wegen der Ueberproduktion Deutschlands dort genügend Abzich finden.

Brands Londoner Reise.

Paris, 15. Dezember. (E.) Brand wird Sonntagabend in Begleitung von Chequers und Philippe Wertheletts in London eintreffen, dort die Nacht verbleiben und sich dann nach Chequers zu Lord George begeben.

Reparationskommission und Kohlenausfuhr.

Das Vorrecht der Ententeleistungen.

Berlin, 15. Dezember. (WZ.) Am 14. d. M. ist hier eine Note der Reparationskommission eingetroffen, in welcher diese auf die Ungültigkeit der Ausfuhr von Kohlen und Koks ins neutrale Ausland ohne ihre vorausgehende Genehmigung hinweist und die Erwartung ausspricht, daß die nicht bewilligte Ausfuhr unverzüglich eingestellt werde. Die Lieferungen nach Holland, mit denen sich die Reparationskommission im Herbst 1920 ausdrücklich einverstanden erklärt hatte, könnten unangetastet weitergehen.

Die Note dürfte dadurch veranlaßt sein, daß infolge der durch den Frost herbeigeführten Transportwierigkeiten seit Dezember sehr erhebliche Rückstände in den Kohlenlieferungen eingetreten sind. Eine ähnliche Situation bestand zur Zeit der Konferenz in Spa. Auf dieser Konferenz mußte der Standpunkt der Entente, daß ihre Anforderungen vor der sonstigen Ausfuhr den Vorrang haben müßten, deutscherseits als berechtigt anerkannt werden.

Die Deutsche Regierung hat die Reparationskommission durch die Kriegskostenkommission ersuchen lassen, wegen der Weiterzulassung der Ausfuhr sofort in mündliche Erörterungen mit ihr einzutreten.

Der Weitertransport der Reparationskosten nach anderen Ländern ist von den Empfangsstellen untersagt, ein Verbot, das aber erst nach dem großen Bergarbeiterstreik in England ausgesprochen ist, freilich auch jetzt noch nicht immer beachtet wird.

Sozialistenopposition in Italien. Infolge der Ermordung des sozialistischen Offiziers in Cremona haben die Sozialisten die Verschärfung ihrer Oppositionspolitik gegenüber dem Kabinett Bonomi bekräftigt. Sie wollen in der Budgetdebatte zur Diskussion schreiben und jede Gelegenheit zur Herbeiführung einer Ministerkrise ausnützen.

Das soziale Problem in Oberschlesien.

Man schreibt uns aus Oberschlesien: Am 9. Dezember nahmen hier selbst die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ihren Anfang. Oberschlesien bildet nach Form und Charakter infolge einer zweihundertjährigen Entwicklung im Rahmen von Preußen-Deutschland eine wirtschaftliche und geographische Einheit. Ein politischer Machtpruch wird diese Einheit zerschlagen. Damit nun daraus keine wirtschaftliche Katastrophe entsteht, gebot die Entente, daß zwischen Deutschland und Polen ein Wirtschaftsabkommen zu vereinbaren sei, wonach es wenigstens für die nächsten 15 Jahre ermöglicht würde, Rohstoffe, Halbfabrikate und Industrieprodukte vom deutschbleibenden Teil nach dem polnischwerdenden Teil und umgekehrt hinüber und herüber zu wechseln, denn es werden Gesellschaften, deren Betriebe aufeinander angewiesen sind, geteilt.

Am härtesten würden die Arbeiter betroffen, wenn es keine Möglichkeit geben sollte, die sozialen Versicherungen und das Vereinigungsrecht zu retten für jene, die künftig ungewollt polnische Staatsbürger werden. Polen ist in sozialer Hinsicht ein rückständiger Staat. Trotz aller etwa zu erwartenden Vereinbarungen wird der beste Garant für die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung, das Bestehen einer geschlossenen, möglichst alle Arbeiter umfassenden freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung sein. Hierzu ist erforderlich, daß in erster Reihe das Fortbestehen der vorhandenen freigewerkschaftlichen Berufsverbände gesichert wird. In den Ententevorschlagen für die Vereinbarung eines Wirtschaftsabkommens ist bezüglich der vorhandenen Organisationen folgendes bestimmt:

„Die deutsche und polnische Regierung werden für die Dauer von 15 Jahren die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die im Abstimmungsgebiet tätig sind, anerkennen. Diese Verbände werden in der Lage sein, Kollektivverträge für das gesamte Abstimmungsgebiet abzuschließen.“

Diese Anordnung will nun nicht viel besagen angesichts der Tatsache, daß im polnischen Vereinsgesetz bestimmt ist, daß die im polnischen Staat wohnenden polnischen Staatsangehörigen keiner Vereinigung angehören dürfen, deren Zentralführer außerhalb dieses Landes ist. Hinzu kommt nun noch das neue Kommunistenverfolgungsgesetz, das kürzlich im Sejm verabschiedet wurde. Leicht kann die polnische Polizei und Justiz, die künftig in dem polnisch werdenden Teile Oberschlesiens dominieren wird, einen Grund finden, um die vorhandenen deutschen Gewerkschaften des Kommunismus zu verdächtigen, um sie zur Auflösung zu bringen.

Die ober-schlesischen Unternehmer geben wohl um die Einheit ihres Arbeitgeberverbandes nicht viel. Prominente Herren, deren Werke künftig geschlossen in Polen liegen, sind der Auffassung, daß sich die Interessen derjenigen Unternehmungen, die in Deutschland bleiben, und diesen, die nach Polen kommen, recht bald widerstreben werden, so daß man sich wohl bald trennen würde. Jene, die diese Auffassung haben, sind natürlich deutsch-national, wie ja auch der Führer der Unternehmerdelegation, die mit polnischen Vertretern in Sosnowice Sonderverhandlungen führte, hinter dem Rücken der deutschen Regierung, Herrn Viktorius, Oberdirektor des Fürsten von Pleß, deutschnationaler Stadterordneter in Rattow ist. Es hat immer so seine Eigenheiten mit dem nationalen Empfinden dieser Herren.

Diese Herren wünschen natürlich auch die Einheit der Gewerkschaftsbewegung dorthin, wo der Pfeffer wächst. Sie geben noch unserer Ueberzeugung nichts darum, wenn in dem polnisch werdenden Teile Oberschlesiens die freien Gewerkschaften verkrüppelten. Die deutschnationalen Unternehmer, die künftig polnische Staatsbürger sein werden, wittern Frühlingsluft, Freiheit nach ihrem Geschmack. Umso schärfer haben die deutschen unterhändler gerade bei diesem Abschnitt der Beratungen aufzupöppeln, damit Sicherungen für das Weiterbestehen der Gewerkschaften geschaffen werden. Ihr Bestreben ist vor allen Dingen gegen terroristische Akte fanatisierter polnischer Arbeiter und auch gegen Uebergriffe der polnischen Behörden sicherzustellen. Gegen etwaige Angriffe der Unternehmer, die heute „deutschnational“ und morgen

„polnischnational“ sein werden, werden sie sich dann schon mit Erfolg zu wehren verstehen.

Ueberführung der Krankenkassen.

Rattow, 15. Dezember. (Z.) Die Kommission für soziale Versicherung in Oberschlesien hat nach dreiwöchigen Verhandlungen die Grundsätze festgelegt für die Ueberführung der Krankenkassen in Oberschlesien. Die Kassen werden polnisch und kommen unter polnisches Aufsichtsrecht. Die Ueberführung des Fonds erfolgt gemäß den Bestimmungen des Artikels 312 des Friedensvertrages. Dieser besagt, daß die deutsche Regierung die auf die abgeschlossenen Versicherungen entfallenden Reserven der polnischen Regierung übergibt. Von diesem Zeitpunkt ab ist die Verwaltung polnisch.

Der abgeänderte Schießerlaß.

Wie Minister Stoering gestern im Landtag mitteilte (siehe Sitzungsbericht), wird der revidierte Schießerlaß heute ausgegeben werden. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

Erlaß betreffend das Recht der Polizeibeamten zum Gebrauch der Schußwaffe vom 16. Dezember 1921:

Die mir unterstellten Polizeiregierungsbeamten, Hüfspolizeiregierungsbeamten und Landjägerbeamten dürfen von der Schußwaffe Gebrauch machen:

a) zur Abwehr eines Angriffs oder einer Bedrohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben des Beamten oder der in seinem Schutz befindlichen Personen. — Dieser Fall ist auch dann gegeben, wenn die Täter der mit den Worten „Waffen nieder, oder ich schieße“, „Hände hoch, oder ich schieße“, oder ähnlich zum Ausdruck gebrachten Aufforderung des Beamten, Waffen oder andere gefährliche Werkzeuge niederzulegen oder loszulassen, nicht sofort nachkommen oder die niedergelegten oder losgelassenen Waffen oder Werkzeuge wieder aufzunehmen sich anschicken.

b) zum Anhalten von Personen, die sich der Feststellung, Festnahme und Festhaltung seitens des Beamten durch die Flucht zu entziehen versuchen. — Bei offensichtlich geringfügigen Verfehlungen, insbesondere politischen Charakters darf indessen von der Schußwaffe zur Verhinderung von Fluchtversuchen nicht Gebrauch gemacht werden.

Dem Gebrauch der Schußwaffe gegen Flüchtende muß der Anruf „Halt, oder ich schieße“ oder „Hände hoch, oder ich schieße“ erfolglos vorangegangen sein. Der Anruf kann nötigenfalls durch zwei kurz hintereinander in die Luft abgegebene Schüsse ersetzt werden.

Dem Erlaß sind die folgenden

allgemeinen Richtlinien

beigegeben:

1. Der Gebrauch der Schußwaffe ist nur zulässig, wenn die Anwendung anderer Mittel offenbar nicht zum Ziele führen würde.
2. In keinem Falle darf er weitergehen, als es zur Erreichung des gesetzlichen Zweckes erforderlich scheint.
3. Gegen Kinder darf die Schußwaffe überhaupt nicht angewandt werden.
4. Auf die Verhütung von Gefahren für Unbeteiligte, insbesondere in bewegten Straßen und geschlossenen Räumen, ist sorgfältig Bedacht zu nehmen.
5. Festgenommene Personen sind unverzüglich darauf hinzuweisen, daß bei Fluchtversuch von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden kann.

Präsidentenwahl im hessischen Landtag.

Darmstadt, 15. Dezember. (Z.) Der neugewählte hessische Landtag trat heute mittag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Staatspräsident Ulrich eröffnete die Sitzung als ältestes Mitglied des Hauses. Von 70 Abgeordneten waren 67 anwesend. Bei der Wahl des Präsidiums ist der bisherige erste Präsident Udetung (Soz.) mit 57 Stimmen wiedergewählt worden. Nach der Wahl verlas der Präsident ein Schreiben des Staatspräsidenten, worin dieser gemäß den Bestimmungen der Verfassung die Klemme des Gesamtministeriums zur Verfügung stellt. Das Gesamtministerium wird die Geschäfte solange weiterführen, bis die neugewählten und berufenen Mitglieder des Gesamtkabinetts vom Staatspräsidenten bestätigt sind.

Der Epiker der Biedermeierzeit.

Von John Skikowski.

Willibald Alexis, seit dessen Tode heute ein halbes Jahrhundert verfloßen ist, wird nicht nur in Gedichtbüchern und Neben, sondern auch von gelehrten Literaturhistorikern häufig als „der preussische Walter Scott“ bezeichnet. Richtiger sollte man ihn den „Epiker der Biedermeierzeit“ nennen. Von Scott trennt ihn eine Welt, er unterscheidet sich von dem Engländer ebenso, wie das London der 1830er, 1840er und 1850er Jahre vom damaligen Berlin sich unterscheidet. Dort eine große historische Perspektive — hier eine mehr oder weniger bunte Krähwindelei. Aber dem Geiste des Biedermeieralters ist Willibald Alexis mit allen Würzeln verhaftet, sowohl als Dichter wie als Mensch.

Der Dichter von aus diesem Geist mancherlei Borgänge und Weize: die Freude am Alltäglichen und die liebevolle Kleinmissetat, die den geschichtlichen Stoff immer nur als Hintergrund für eine intime Genremalerei benutzte. Was uns noch heute an einzelnen seiner Romane, vor allem an den „Hosen des Herrn A. Bredow“, jenseit, ist diese minutiöse Gestaltung alltäglicher Einzelszenen, diese Gabe mißfühlernden Beschreibens, die das Unschöne und Verachtete mit Poetik umgibt. Dieser Eigenart entspringt die größte, die bleibende Leistung seines Lebens: die Entdeckung der märchenhaften Schönheit der sanften Heide, der ernsten Seen und des nordischen Niefenwaldes. Die Popularität, deren sich Alexis bei Lebzeiten erfreute, verdankt er der Wahl seiner Romanstoffe, die fast ausschließlich der brandenburgisch-preussischen Geschichte entnommen sind. Das Interesse an diesen Stoffen ist inzwischen verblaßt, lebendig geblieben aber ist und verfährt hat sich die Freude an der Gestaltung, an dem Geist der Biedermeierzeit, der uns heute als eine kindliche Erinnerung an Großvätertage wehmütig-humoristisch umspielt und lockt. Wie wünschen ihn uns nicht zurück, diesen Geist, aber die Phantasie ergreift sich zuweilen gern in ihm und sucht in seinem verschwundenen Reich behagliche Entspannung und kräftigende Ruhe.

Was den Biedermeier Alexis als Dichter uns lieb macht, das macht ihn aber als Menschen unympathisch. In jener Zeit politischen Erwählens, als das „Junge Deutschland“ mit Heine und Böckne in der deutschen Publizistik den Ton angab, fühlte sich Alexis, der mit seinem bürgerlichen Roman Wilhelm Häring die, ebenfalls bemogen, in Besitz zu machen. Er erzielte damit keine Lorbeeren und seine spielfürgerliche Zähmheit wurde namentlich von Börne aufs unarmherzigste und amüsanteste verrissen. Auf der anderen Seite erregte Häring-Alexis aber auch bei den Reaktionsären Anstoß und eine allzu liberale Aeußerung zog ihm von Friedrich Wilhelm IV. ein eigenhändiges strafendes Schreiben zu. Herwegh verspottete dieses Ereignis durch das Epigramm:

Unser gnädigster Herr, seht, welch ein Freund des Vikanten:
Mit höchstgelegener Hand sagt er die Häringe ein!
Dem gehorsamen Untertanen Willibald Alexis ging die Sache aber so herzen, daß er sich fortan von jeder politischen Tätigkeit neofstenthaft fernhielt. So war es in jener Epoche, die nach Heines Wort keine Nationen, sondern nur Parteien kannte, nicht zu verwundern, daß Alexis bei dem Besten der Zeit keine sonderliche

Achtung genoss. Auch das Beisepublikum schätzte ihn keineswegs so, wie wir heute vermuten möchten. Der Tag seines Ruhms kam eigentlich erst, als er und sein Schaffen „historisch“ geworden waren, und seine Beliebtheit wuchs, je mehr seine Zeit der Gegenwart unähnlich wurde. Wie der moderne Mensch heute seine Wohnung gern mit Biedermeiermöbeln ausstaffiert, so greift er in müßigen Stunden gelegentlich zu den Schriften des alten Alexis, und es löst ihn nicht mehr, daß der Epiker der Biedermeierzeit auch als Mensch gar zu sehr Biedermeier, d. h. ein kleinbürgerlicher Philister war.

Freigabe der George-Groß-Karikaturen. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat Minister Stoering an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin folgende Verfügung erlassen:

„Durch Erlaß vom 6. November 1921 ist u. a. die Beschlagnahme der Sammlung politischer Zeichnungen „Das Gesicht der herrschenden Klasse“ von George Groß, erschienen im Wall-Verlag, Berlin-Halensee, verfügt worden. Im Hinblick auf die inzwischen eingetretene politische Entspannung kann ich nicht anerkennen, daß die Zeichnungen weiterhin geeignet sind, verfassungsmäßige Organe des Reiches in einer den Frieden des Reiches gefährdenden Weise verächtlich zu machen. Ich habe mich daher entschlossen, einer Beschlagnahme des Wall-Verlages gegen die Beschlagnahme stattzugeben und erbe hiermit die Beschlagnahmeverfügung vom 6. November 1921 auf.“

Zoologische Gärten im deutschen Osten. Uns wird geschrieben: Die Lage des Zoologischen Gartens in Posen hat sich, wie berichtet wird, so ungünstig gestaltet, daß mit der Schließung gerechnet werden muß. Finanziert wird er vom „Bereit Zoologischer Garten“, der gegen 45 Jahre besteht und den Garten in jeder Hinsicht auf einen guten Stand gebracht hat, bis der Uebergang in polnische Hand diese Entwicklung beendet hat. Dem Posener Zoo ist auch ein Aquarium angegliedert. In der Erinnerung dürfte noch die Schreckensszene sein, die sich im Januar 1918 in diesem Zoo abspielte, als ein brauner Würger aus seinem Zwinger ausgebrochen war und die Kassiererin des Gartens schwer verletzte.

Aufs höchste bedauerlich ist es, daß Breslau seinen Zoologischen Garten nicht zu halten vermochte. Dieser „Zoo“, der am 19. Juli 1865 eröffnet wurde und einer Aktien-Gesellschaft gehörte, schloß am 1. April d. J. seine Pforten, um in eine Bergbau-Gesellschaft umgewandelt zu werden. Nachdem der gesamte Breslauer Tierbestand abtransportiert worden ist, wird es nicht leicht sein, diesen Zoo wieder einzurichten, wenn eines Tages der Wille dazu sich zeigen sollte.

Die einzige Großstadt im deutsch gebliebenen Osten, die noch einen Zoologischen Garten besitzt, ist Königsberg i. Pr. Sie hat ihn bisher zu halten verstanden und wird ihn voraussichtlich auch weiterhin durchhalten können. Von den mittleren Städten Ostdeutschlands hat sich Beuthen O. S. einen Tiergarten geschaffen, der die Freude des ganzen ober-schlesischen Industriegebietes wurde und der Stadt Beuthen viele Besucher aus Oberschlesien zugeführt hat. Zu seinem Tierbestande gehörten auch Wilkente aus den pflanzlichen Reizen. Leider hat dieser kleine Zoo während des Krieges schwere Einbußen erlitten, da man auch hier wie in den großen Gärten mit Ernährungswierigkeiten zu kämpfen hatte. Zu den Vorläufern

der heutigen Zoos gehörte als größte Anlage dieser Art im ganzen Osten der Tierpark, den die Hochmeister des deutschen Ordens in Marienburg hielten, in dem sich stets auch statliche Exemplare des inzwischen ausgestorbenen Auerochsen befanden. Mit dem Verfall der Ordensherrschaft und der Marienburg ging dieser Tierzoo zwingen leider ein.

Wölflin über heutige Kunstbewertung. Heinrich Wölflin, der berühmte Münchener Kunstgelehrte, der die Methode der Analyse und Erklärung von Kunstwerken aufs feinste ausgebildet hat, äußert sich über diese wichtigste Frage der Kunstgeschichte in einem soeben erschienenen Buchlein „Das Erklären von Kunstwerken“, das den ersten Band der im Verlage von E. W. Seemann zu Leipzig erscheinenden großangelegten „Bibliothek der Kunstgeschichte“ bildet. Nachdem er zunächst die geschichtliche Art der Bildbetrachtung erörtert hat, wendet er sich dann dem ästhetischen Standpunkte zu, der bei der Betrachtung eines Kunstwertes der natürlichste ist, und fragt, wo wir den Maßstab für solche Werturteile über Kunstwerke finden. „Erst im Gefühl für Qualität bemüht sich das künstlerische Verhältnis der Menschen zu den Dingen“, führt er aus. „Gerade hier ist mit einzelnen Anwendungen am wenigsten zu erreichen. Aber es war ein wichtiger Schritt, um die Bahn für die wertende Beurteilung des Einzelstüdes freizumachen, daß man nicht mehr von einer Art von Kunst als der einzig möglichen spricht, sondern die Vielartigkeit zugibt. Wir kennen die italienische Kunst als eine Kunst der sinnlich-wahrnehmbaren, formalen Vollkommenheit, aber wir hätten uns, ihr die Wertbegriffe zu entnehmen zur Beurteilung einer Kunst des unmittelbaren seelischen Ausdrucks, wie es die germanische in ausgeprägtem Maße ist. Andererseits darf man natürlich auch nicht von nordischer Empfindung aus über italienischer Form als leer und bedeutungslos sprechen. Es gibt eine Kunst des Naturalismus und wieder eine Kunst, der die Wirklichkeit nichts bedeutet und beide haben ihr Recht. Mittelalterliche Miniaturen können nicht gemindert werden nach Richtigkeit oder Falschheit der Figurenproportion, nach möglicher oder unmöglicher Perspektive. Sie sind von Haus aus aoperpektivisch und der Begriff der Nachahmung und der räumlich-illusionistischen Wirkung existiert für sie nicht. Wir sind weitgehend geworden und suchen jeder künstlerischen Aeußerung, auch bei den ganz primitiven und exotischen Kulturen, gerecht zu werden. Und das ist gewiß ein Fortschritt gegenüber einer Zeit, wo man die Dinge nicht mit ihren eigenen, sondern mit fremden Maßstäben maß. Auch sind damit (für den Verständigen) durchaus nicht alle Werturteile ausgesprochen. Es ist kein Verzicht auf ästhetische Erkenntnis, wenn wir die „Reinheit“ Bramantes und den dumpfen Ueberchwang altindischer Tempel, wenn wir Phidias und die Kunst der nordisch-romanischen Kirchenbildhauer nebeneinander genießen. Wir glauben auch hier noch an eine letzte Einheit. Nur haben sich eben die Wertbegriffe in einer Weise sublimiert, daß von der alten europäischen Schulästhetik nicht mehr viel übrig geblieben ist.“

Museumsführungen. Am Sonntag, den 18. d. M., finden wissenschaftliche Führungen durch Direktorialbeamte im Kaiser-Friedrich-Museum (Niemische Abteilung) und im Alten Museum (Antike Abteilung, Südostflügel über dem Hof) statt. Zutrittskarten für 1 M. am Eingang der Museen.

Ein „Hilfswerk“ der deutschen Landwirtschaft.

Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft hat einen Beschluss gefasst, der seine Mitwirkung an der Erfüllung der Reparationspflichten kennzeichnen soll. Es wird ein umfassendes Produktionsprogramm aufgestellt, das die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte im Inlande steigern und so das Reich von dem Bezug ausländischer Lebensmittel weniger abhängig machen soll. Auf diese Weise ist es möglich, Milliarden einzusparen. Das Produktionsprogramm ist, das muß anerkannt werden, sorgfältig durchdacht. Es wäre aber falsch, durch die Aufstellung eines solchen, auf sehr lange Frist berechneten Programms die Beteiligung der Landwirtschaft an der Reparationslast für ausreichend anzusehen.

Das Reich befindet sich in einer Not, aus der ihm mit der Aufstellung und selbst mit der Jahre erfordernden Durchführung von Maßnahmen zur Steigerung der agrarischen Produktion nicht geholfen werden könnte. Im übrigen entspricht ja die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nicht nur dem allgemeinen Interesse, sondern es ist auch für die Landwirtschaft selbst von Vorteil. Schon deshalb ist es unbillig, wenn man ein solches Produktionsprogramm als „Hilfswerk“ bezeichnet. So sehr man den Wunsch, Deutschland von der ausländischen Lebensmittelversorgung unabhängig zu machen, teilen kann, so ist es doch unmöglich, deshalb die Landwirtschaft als einen der zahlungsfähigsten Berufsstände von Steuern auszufließen, die aufzubringen das ganze Volk seine letzte Kraft hergeben muß.

Kampf um die Steuerfäße.

Im Reichstagsausschuss für Steuerfragen sollte heute der Abänderungsantrag Emminger zum Einkommensteuergesetz weiterberaten werden. Es entstand aber dadurch eine neue Situation, daß Abg. Emminger (Bayr. Op.) seinen Antrag zurückzog zugunsten eines Vorschlags des Abg. Reil (Soz.) für eine andere Abmessung der Steuerfäße. Gleichzeitig lag ein Antrag der Abg. Höbner (Nrn.) und Hartwig (Dnat.) vor, der die unteren Einkommensstufen stärker belasten will zugunsten der höheren Stufen. Der Antrag Reil will die niederen Stufen schwächer und die höheren Stufen stärker belasten. Nach ihm soll die Einkommensteuer betragen: für die ersten 50 000 Mark 10 Proz., für weitere 75 000 Mark 15 Proz., für weitere 100 000 Mark 20 Proz., für weitere 150 000 Mark 25 Proz., für weitere 200 000 Mark 30 Proz., für weitere 300 000 Mark 35 Proz., für weitere 400 000 Mark 40 Proz., für weitere 600 000 Mark 45 Proz., für weitere 800 000 Mark 50 Proz., für weitere 1 Million Mark 55 Proz., für weitere Beträge 60 Proz. Auf der einen Seite wurde von den Abg. Höbner und Reil (Dem.) gefordert, daß die Regierung eine Verrückung vorlegen soll, in der dargelegt wird, welche prozentualen Steuererläge des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 für die verschiedenen Einkommensstufen in Betracht kämen, wenn die gegenwärtige innere Geldwertverminderung zurzeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes berücksichtigt wird.

Beschleunigte Hilfe für Kleinrentner.

Der Hauptausschuss des Reichstages beschäftigte sich gestern mit den Kostensenkmahnahmen für Invaliden- und Angehörigenrentner. Der Ausschuss genehmigte diese Kostensenkmahnahmen, die Kosten von 1,4 Milliarden erfordern werden. Ueber die Kostensenkmahnahmen für die kleinen Kapitalrentner entspann sich eine längere Debatte. Von sozialdemokratischer Seite wurde erlucht, den Gemeinden nicht diese neuen Lasten aufzuerlegen. Nach längerer Debatte wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der die Regierung erlucht, die Verhandlungen mit den Ländern und Gemeinden zu beschleunigen, damit möglichst schnell die Unterstellungen ausgegahlt werden können.

Reichstagsausschuss zur Erforschung der Vorgeschichte des Weltkrieges. Dieser Reichstagsausschuss, dessen Vorsitz der bisherige Reichsminister des Innern Genosse Gradnauer wieder übernommen hat, nahm in zwei Sitzungen ein umfassendes Referat des Sachverständigen Prof. Martin Spahn (Nrn.) über die deutsch-französische Politik der letzten Jahrzehnte entgegen. Weitere Referate über die europäische Politik der Vorkriegszeit sind für die nächsten Monate in Aussicht genommen.

Das älteste Ruhrkohlenbergwerk. Die heute leider so knappe Steinkohle war in der Ruhrgegend schon im Anfang des 15. Jahrhunderts Gegenstand des Binnenhandels. In Bartholomäus von der Laes Logebuch aus der Zeit der großen Hoefter Fehde wird aus dem Jahre 1448 berichtet, daß die Hoefter mit zweihundert Wagen Getreide nach Hamm zogen und von dort neben allerlei Lebensmitteln auch Steinkohle zurückschickten. Wann man an der Ruhr auf diesen Schatz des Bodens zuerst aufmerksam geworden ist und ihn zu heben begonnen hat, läßt sich urkundlich nicht nachweisen; es wird aber lange vor dem 15. Jahrhundert gewesen sein. Nach alten Ueberlieferungen ist das Bergwerk Op der Ruitte zwischen Gattingen und Langenberg das älteste Ruhrkohlenbergwerk. Dort hatte ein Hütejunge in einem Loch, das ein Mutter-schwein gemöhlt hatte, ein Feuerchen angezündet, das bis zum Abend lustig brannte. Am nächsten Morgen fand der Junge zu seiner Verwunderung eine große Glut, die sich nicht durch Holz, sondern durch schwarze Erde erhielt. Er erzählte seinem Vater von der brennenden Erde. Der Alte ging der seltsamen Erscheinung nach und begann bald darauf „Op der Ruitte“ die erste Steinkohlenförderung in Westfalen.

Abelungen - Film. Auch das Abelungenlied soll jetzt verfilmt werden (und zwar mit Tessa v. Harbou und Fritz Lang als Hauptdarstellern). Sowohl die Titel der beiden ersten Teile — „Siegfried und Siegfrieds Tod“, „Arminhilds Rache“ — erkennen lassen, scheint man es auf Friedrich Hebbel abgesehen zu haben. Ob wohl auch Hebbels „Molooh“-Fragment einmal zu einer filmdramatischen Verarbeitng, etwa unter dem Titel „Molooh-Film“ Anlaß geben wird?

Spieldarstellung. Die für Sonntag nachmittags angekündigte Aufführung von „Christoffel“ in der Staatsoper muß auf den ersten Weihnachtstag, nachmittags 1 Uhr, verlegt werden. Die bereits erteilten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit für den neuen Termin. Können aber auch bis zum Beginn der Vorstellung am 25. gegen Erstattung des Kaufpreises und amtlichen Ausweises zurückgegeben werden.

Wiltshier-Orchester. Am Sonntag, den 15., abends 7 1/2 Uhr, findet im Schauspielhaus ein Konzert des Wiltshier-Orchesters statt. Dirigent: Camillo Hilbrand.

Der in Vortrefflichkeit bekannte Regisseur Kadelis veranstaltet heute 7 1/2 Uhr in der Aula, Konf.-Eds. Biesenstraße, einen bunten Abend mit Vorträgen eigener Dichtungen.

Wiltshier-Orchester hat die städtische Summe von mehreren Millionen Mark, die die Verteilung seiner Bibliothek gebracht hat, zum Zweck der Vollenbung des Asiatischen Museums in Dahlen zur Verfügung gestellt.

Ernennung eines deutschen Konsulatssekretärs nach Amerika. Dr. Wilhelm H. Valentiner, der Berliner Konsulatssekretär, der vor dem vorigen Abgangsdirektor am New Yorker Metropolitan-Museum war, hat den Auftrag erhalten, den Katalog der berühmten Sammlung Wiltshier in Philadelphia zu schaffen. Die Galerie Wiltshier, die nach dem Tode ihres Gründers in öffentlichen Besitz übergeht, enthält die stolze Reihe von Rembrandts, die augenblicklich noch in Privatbesitz ist. Zum Zweck der Vollenbung stellt dieser Tage auch der Ordinarius der Kunstgeschichte an der Wiener Universität, Prof. Josef Strzykowski, nach der Vereinigten Staaten ab.

Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen.

Die in der Reichstags-Sitzung am Donnerstag ein Regierungsvorhaben mittelste, soll die Zentrumsinterpellation über die Zustände im Saargebiet in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden, ebenso die unabhängige Interpellation betr. Schadloshaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverräterischer Unternehmungen zum Tode verurteilt sind. — Die 4. Ergänzung zum Besoldungsgesetz, die neue Stellen in die Besoldungsordnung einordnet, wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Ortsklassenverzeichnisses. Das Ortsklassenverzeichnis soll bis spätestens 1. April 1922 neu aufgestellt werden. Der Reichsrat und der Beamtenausschuss des Reichstages können gemeinsam Orte oder Ortsteile in eine andere Ortsklasse einreihen. Die erste Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses muß spätestens am 1. März 1922 beendet sein. Etwasige Nachzahlungen erfolgen rückwirkend ab 1. April 1920. Die Vorlage wurde darauf debattelos in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Gesetz betr. die Ueberleitung der Rechtspflege im nord-schleswigschen Abtretungsgebiet wurde ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Es folgt die zweite Beratung des Tabaksteuergesetzes. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung in der Ausschussfassung angenommen. Beschlossen wird, daß die zugestimmten Zollherabsetzungen ohne Zustimmung des Reichsrats erfolgen können. — Für den Sozialpolitischen Ausschuss berichtete Frau Abg. Schröder (Soz.) über die Behandlung eines unabhängig-josialistischen Antrags betr. Wochenlöhne und Wochenfrist. Der Ausschuss fordert einen Gesetzentwurf, wonach die Wöchnerin ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens täglich in Höhe des für einen Liter Milch zu zahlenden Betrags bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft erhalten soll.

Die Vorlage wird nach kurzer Aussprache angenommen. — Für den Volkswirtschaftlichen Ausschuss berichtet Abg. Frau Wurm (N. Soz.) über Anträge betr. den Verkehr mit Kartoffeln und Getreide. Der Ausschuss fordert Maßnahmen zur Förderung der Kartoffelerzeugung und rechtzeitige Zusammenführung von Erzeugern und Verbraucherorganisationen und dem Handel. Zur

Regelung der Kartoffelerzeugung

Regelung der Kartoffelerzeugung sollen auf Grund freier Vereinbarung zwischen Behörden, Erzeugern, Handel und Verbrauchern bezirksweise Richtpreise aufgestellt werden. Mit den landwirtschaftlichen und Verbrauchervereinigungen soll eine zu erfüllende Menge Kartoffeln vereinbart werden, die durch freiwillige Umlage aufzubringen ist. Eine ausreichende Zahl gebodeter Wagen soll schleunigst zum Kartoffeltransport zur Verfügung gestellt werden. Die ungelegliche Kartoffelversteigerung durch Länder, Provinzen und Kreise soll aufgehoben, das Verbleiben nach dem Auslande verhindert werden, Lieferungsverträge sind zu erfüllen, ferner soll die Regierung mit den Organisationen der Landwirtschaft in Verhandlung treten zwecks Erwerbung von 1 Million Tonnen Brotgetreide. Entsprechend dem Erfolge dieser Verhandlungen soll die Restriktion erhöht werden.

Abg. Frau Schuch (Soz.) verlangt Losen, Versprechungen allein genügen nicht mehr. Die Regierung muß endlich ihre Pflicht tun.

Die Anträge des Ausschusses werden in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Frau Schröder (Soz.) bittet, an der Ausschussfassung festzuhalten. Der Satz von 3 M., wie ihn Frau Teusch vorgeeschlagen hat, ist zu gering.

Abg. Frau Behm (Dnat.) hebt hervor, daß das ganze Haus zweifellos eine bessere Unterstützung jeder Schwangeren und jedes Kindes wünsche. Eine gleiche Stala sei aber unpraktisch. Damit schließt die Aussprache. — Der Antrag Teusch, wonach

das Stillgeld 3 M. betragen soll, wird angenommen und mit ihm die Vorlage in zweiter Lesung

Erfassung der Valutagewinne

bei der Warenausfuhr. Der Ausschuss fordert einen Gesetzentwurf, der die Valutagewinne steuerlich bedeutend stärker erfasst. Das Ziel durch die Ausgestaltung der sozialen Ausfuhrabgabe zu einem allgemeinen Steuergesetz erreicht werden. — Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen und über die Abänderung der Verordnung über Lohnbeschlagnahme und Lohnpfändung.

Abg. Brodau (Dem.) teilt als Berichterstatter mit, daß der Ausschuss die Pfändungsgrenze von 8000 M. auf 12 000 M. erhöht hat.

Abg. Malhahn (Komm.) bekämpft den Entwurf als unzulänglich.

Abg. Karfen (N. Soz.) schlägt 15 000 M. vor.

Reichsjustizminister Dr. Kappeler: Der Ausschuss ist mit 12 000 Mark schon über die Regierungsvorlage hinausgegangen. Wenn man 15 000 M. als Grenze festsetzt, so würde praktisch fast nichts mehr pfändbar sein. Von einer gewissen Grenze ab wird aber die Erhöhung der Pfändbarkeit auch für den Schuldner bedenklich, weil seine Kreditfähigkeit darunter leidet. Ich bitte deshalb, dem außerordentlich weitgehenden unabhängigen Antrag, der die Verabschiedung des Gesetzes noch vor Weihnachten gefährden würde, nicht zu folgen.

Abg. Kaiser (Soz.): Durch die Ausschussbeschlüsse kommen die Schuldner einermäßen zu ihrem Recht. Grundfänglich wären wir gern bereit, den weitergehenden Anträgen zuzustimmen, aber wir könnten die Vorlage damit beim Reichsrat gefährden und würden so den Betroffenen einen schlechten Dienst erwiesen.

Das Gesetz wird darauf unter Ablehnung aller Abänderungsanträge nach den Ausschussvorschlägen in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Gesetzentwurf zur Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung geht an den Sozialen Ausschuss.

In zweiter und dritter Lesung angenommen wird dann der Gesetzentwurf zur Verlängerung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht bis zum 31. März 1922.

Die Anträge zur Ausnahmereordnung des Reichspräsidenten werden von der Tagesordnung abgesetzt und sollen in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

Sodann wird ein schleuniger Antrag Stresemann (D. Op.), Hergt (Dnat.) verlesen, der die Verlängerung der Frist für die einstweilige Führung der bisherigen Handelsanträge bis auf weiteres fordert. Die Antragsteller bitten, ihrem Antrage die Dringlichkeit zuzuerkennen, so daß er morgen behandelt werden kann.

Bei der Abstimmung wird die Auszählung notwendig; durch Stimmenthaltung der drei sozialistischen Parteien und einiger Demokraten ergibt sich Beschlusunfähigkeit des Hauses.

Präsident Löbe beräumt die nächste Sitzung an auf Freitag 3 Uhr: Anträge, keine Vorlagen, Anträge zur Verordnung des Reichspräsidenten, Antrag Stresemann-Hergt über die Flaggenfrage. Schluß 7 1/2 Uhr.

Der 27. Ausschuss beschäftigte sich gestern mit der Gebührenvorlage der Post- und Telegraphenverwaltung. Es fand eine längere Aussprache statt, die zu dem Ergebnis führte, daß der Ausschuss es für erwünscht hält, die Vorlage, wenn irgend möglich, vor Weihnachten zu erledigen. Zur weiteren Förderung der Angelegenheit ist ein Unterausschuss eingesetzt worden, in dem jede Partei einen Vertreter haben wird. Der Unterausschuss trat gestern nachmittags zusammen; heute früh wird der Ausschuss weiter beraten.

Veteranenhilfe.

Wie den VVA von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist den unterstützungsbedürftigen Teilnehmern des Feldzuges 1870/71 und der vor 1870 geführten Kriege neben der bisherigen Beihilfe von monatlich 25 M. eine Feuererzeugzulage von 100 M. bewilligt worden, die vom 1. Dezember 1921 ab in monatlichen Raten von 25 M. gezahlt werden soll. Jeder Empfänger der Veteranenbeihilfe erhält mithin vom 1. Dezember 1921 ab eine Beihilfe von monatlich 50 M., statt der bisherigen 25 M. Ferner sind die auf Grund des Gnadenklasses vom 22. Juli 1884 aus dem Dispositionsfonds bei der Reichsbaukasse bewilligten Unterstützungen vom 1. Oktober 1921 ab für Kriegsteilnehmer um 100 Proz. und für Hinterbliebene um 100 Proz. erhöht worden.

Lohnforderungen der Holzarbeiter.

Eine Gesamtarbeitermännerversammlung der Groß-Berliner Holzindustrie, einberufen vom Deutschen Holzarbeiterverband, nahm am Donnerstag bei Altem zur Frage der Aufstellung des Lohns für den Januar 1922 Stellung. Das jetzige Lohnabkommen ist gekündigt und läuft am 31. Dezember ab. Die engere Verwaltung und die kombinierte Kommission im Verein mit der Ortsverwaltung haben eine Vorlage für die Neuregelung der Löhne ausgearbeitet, zu deren Begründung Bile unter anderem ausführte: Durch eine Erhebung wurde festgestellt, daß unter Berücksichtigung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen der wirkliche Durchschnittslohn beziehungsweise Durchschnittsverdienst in den Tischlereibetrieben 12 M. pro Stunde beträgt, während der tarifmäßige Durchschnittslohn für Dezember 9 M. pro Stunde für Facharbeiter über 22 Jahre ist. In einer Anzahl von Betrieben ist der Verdienst wesentlich höher als 12 M. Die betroffenen Feststellungen sind neben anderen Umständen für die Aufstellung der Forderungen berücksichtigend worden. Die Unternehmer haben bei Gelegenheit erklärt, daß sie für den Fall, daß die Wirtschaftslogie in der Holzindustrie es gebiete, an einen Lohnabbau dächten. Deshalb kommt es darauf an, Tariflöhne zu schaffen, die nicht jeweils abbaufähig sind. Es wird folgende Regelung vorgeschlagen:

Die für Dezember festgesetzten tariflichen Durchschnittslöhne werden ab 1. Januar um 60 Proz. erhöht. Es hätten als Norm für die Lohnhöhe der einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen ab 1. Januar folgende Vertragslöhne zu gelten: Für Facharbeiter über 22 Jahre ein Durchschnittslohn von 14,40 M. und ein Mindestlohn von 12,95 M. pro Stunde, für Facharbeiter von 20 bis 22 Jahren ein Durchschnittslohn von 13,45 M. und ein Mindestlohn von 11,70 M. pro Stunde. Die Tariflöhne sind so zu erhöhen, daß einschließlich der laut Lohnvertrag vom 12. Oktober bis zum 31. Dezember 1921 gemachten Zuschläge auf die am 10. August 1921 bestandenen Tariflöhne ein Gesamtschlag von 140 Proz. erfolgt. Arbeitnehmer, die einen höheren Lohn als den ab 1. Dezember 1921 geltenden Tariflohn erhielten, erhalten auch nach der Festsetzung des neuen Tariflohnes den bisherigen Lohnvorsprung, soweit derselbe nicht 1,50 M. übersteigt, weiterbezahlt. (Das heißt zusätzlich des neuen Tariflohnes.) § 8 des Lohn- und Arbeitsvertrages soll folgende Fassung erhalten: „Die Löhne der Bildhauer sind um 15 Proz. höher als die Vertragslöhne der Tischler. Hierin sind die Entschädigungssätze für Werkzeuge einbezogen.“ Für Montagen soll bestimmt werden, daß die vertraglich für Montagenzulagen festgesetzten Sätze sich ebenfalls um 60 Proz. erhöhen. Als Vertragsdauer ist nur ein Monat (mit 14-tägiger Kündigungsfrist) vorgesehen.

Nach kurzer Debatte erklärte sich die Versammlung einstimmig mit der Vorlage einverstanden, die sofort den Arbeitgebern unterbreitet werden wird.

Im Schlußwort bemerkte Böse: Wenn es möglich ist, die Forderungen ohne Kompromisse durchzusetzen, soll es uns recht sein.

Wir können aber auch den Unternehmern sagen, daß wir vor einem Kampf nicht zurückweichen brauchen. Die Kollegenchaft hat zu erkennen gegeben, daß sie hinter den Forderungen steht.

Unserm Karl Legien.

Am Grabe des unergelichen Vorkämpfers der deutschen Gewerkschaften, Karl Legien, waren gestern neben den Abordnungen des ADGB und des AFA-Bundes viele Freunde des Verstorbenen versammelt, um an der feierlichen Enthüllung eines Gedenksteines teilzunehmen, den der ADGB, seinem langjährigen Vorgesetzten gesetzt hat. Auf dem von grünen Kottannen umrahmten Grabhügel waren zwei prächtige Kränze, je einer vom ADGB und dem AFA-Bund niedergelegt. Die zahlreiche Beteiligung an der Feier, trotz der vorherrschenden Kälte, legte ein bereites Zeugnis für die Verehrung und hohe Achtung des nun bald ein Jahr unter der Erde ruhenden Lieben Toten ab.

Pünktlich zur festgesetzten Zeit trat Genosse Grafmann an den Grabhügel, um an die Anwesenden folgende Worte zu richten:

Liebe Freunde! In wenigen Tagen läßt es sich, daß wir Karl Legien zur letzten Ruhe geleitet. Denjenigen, die ihn damals auf seinem letzten Gang begleitet haben, wird unergelich sein, wie die deutsche Arbeiterschaft ihrem verdienten langjährigen Führer die letzte Ehre erwies. Vorstand und Ausschuss des ADGB waren sich einig, das Andenken ihres langjährigen Führers in sichtbarer Form zu ehren und Sie sehen heute an der Stelle, die Legiens sterbliche Hülle birgt, ein Denkmal auftragen, das in seiner Form und Gestaltung zweifellos dem Wesen und Wirken Legiens entspricht. Rauh und kantig, wuchtig und trohig wie dieser Stein, der nur seinen Namen trägt, war Legiens Wesen. Und diesem äußerlichen Gehaben entsprach seine Auffassung und sein Wirken. Gigantisch, wie der vor uns stehende Block, war sein unerschütterlicher Glaube an die Zukunft, an den Aufstieg der Arbeiterklasse — ein Glaube, der ihn befähigt hat, auch in den schwersten Zeiten im Dienste seiner Ideen durchzuhalten.

Wir, die wir heute zu seinem Gedächtnis versammelt sind, wollen angelehnt des Gedenksteins neue Kraft sammeln zur Bewältigung der großen Aufgaben, die den Gewerkschaften bevorstehen.

Dunkel und düster wie dieser Dezemberabend ist die Zukunft unseres Volkes, unserer Arbeiter. Niemand vermag voraus zu sehen, wie sich die nächsten Monate, geschweige denn die nächsten Jahre gestalten werden. Wir müssen die sich aufstürmenden Schwierigkeiten trotzdem meistern und wir können das, wenn wir im Geiste Legiens, in der Erinnerung an seine Fähigkeit, seinen Opfertum und seinen Zukunftsglauben wirken und streben. Die sichtbare Verkörperung der geschlossenen kraftvollen Verbundenheit Legiens, wie sie uns dieser Stein vor Augen stellt, gibt uns neuen Antrieb zur Geschlossenheit und zur kraftvollen Tat. Mit diesem Gedächtnis wollen wir von dieser Stelle scheiden.

Während der Rede Grafmanns fiel die Hülle, welche bis dahin den Stein bedeckt hatte. Es ist ein hoher kantiger und rauher Muschelkalkstein, der nur die Inschrift „Legien“ trägt. Nach Grafmann sprach Bruno Süß im Namen des AFA-Bundes, der in warmen Worten auf die Verdienste Legiens hinwies, dessen vorbildliches Wirken den Arbeiterorganisationen dauernd in Erinnerung bleiben werde. Ihm nachzueifern müsse das Gedächtnis aller Freunde des leider so früh verstorbenen Führers sein.

Ernst und würdig schloß mit diesem Gedächtnis die eindrucksvolle Feier.

Gewerkschaftsbewegung

Die Machtprobe der Hochbahngesellschaft.

Gestern verlas die „B. Z.“ ihren Bericht mit der Aufschrift: „Der verlorene Hochbahnerstreik“, der mit dem Satz begann: „Der Streik der Hochbahner ist verloren.“ Dieses Sensationsblatt stellt sich bei jeder Lohnbewegung auf die Seite des Unternehmertums. Die irreführende und vorläufige Schlichtung zieht das Mittagsblatt aus der Tatsache, daß die Streikenden im Interesse einer Einigung sich bereit zeigten, von ihren Forderungen abzulassen und den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin anzunehmen. In dem Bericht wird zugegeben, daß es sich für die Hochbahngesellschaft weniger um die Ausgabe von 450 000 M. handelt, die für sie eine Kleinigkeit bedeutet und durch den Einnahmehausfall infolge ihrer Haftbarkeit bereits mehrfach verloren ist. „Es kommt aber eben auf etwas anderes bei diesem Streik an.“ Nicht auf die Verständigung und Einigung mit dem Personal, nicht auf die möglichst baldige Wiederaufnahme des Betriebes, nicht auf die Rücksicht gegenüber dem Publikum, dem diese rücksichtslose Gesellschaft nicht einmal Wochen- oder Monatsabonnements einräumt, sondern lediglich auf die Wahrung ihres vornehmlich herkömmlichen Standpunktes. Angeblich handelt es sich um die Durchführung des Prinzips, daß die Arbeiter und Angestellten sich nicht außerhalb von Tarifverträgen stellen dürfen, die sie selbst abgeschlossen haben. Wenn eine falsche oder auch irrtümliche Behauptung durch öfte Wiederholung wahr würde, dann wäre die Hochbahngesellschaft formell im Recht. Aber auch dann dürfte sie angesichts des Ergebnisses der Urabstimmung ihrer Belegschaft, sowie bei einiger Rücksichtnahme auf das Berliner Verkehrsleben — aus dem sie ihre Profite zieht —, nicht eigenmächtig und eifensüchtig ihre Rechte in den Vordergrund schieben und so jeden gangbaren Ausweg aus der Situation verbarrastieren.

Es ist und bleibt ein unerträglicher Zustand, daß das Publikum mit seinen notwendigsten Ansprüchen an das Verkehrsleben in solcher Weise brüskiert werden kann, weil eine kleine Stammtischrunde von Scharmachern ein so wichtiges Verkehrsmittel beherrscht und für seine Rechthaberei mißbraucht. Die Befürworter eines solchen Unternehmertums müßten in Streitfällen gezwungen werden, sich einer unparteiischen Entscheidung zu unterwerfen, falls sie nicht das mindeste Entgegenkommen zur Schlichtung des Streikfalls zeigen.

In moralischer Beziehung hat die Hochbahngesellschaft den Streik jetzt schon verloren. Ihre Angestellten lassen sich nicht irre machen. Sie harren aus, bis die Unternehmer von ihrem brutalen Machtprozentum abgehen und zur Verständigung bereit sind.

Daselbe Blatt, das von einem für die Streikenden verlorenen Kampfe spricht, kommt schließlich auch dazu, daß es im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt, wenn der Streik bald zu Ende geht und eine Einigung zwischen den Parteien herbeigeführt wird. Das müsse um so eher möglich sein, als es sich nicht um bedeutende materielle Gegensätze handelt. „Wir sind überzeugt“, schreibt die „B. Z.“ zum Schluß, „daß, wenn heute beide Parteien vor der nach dem Tarifvertrag zuständigen Stelle erscheinen, sich bei einigem guten Willen auf beiden Seiten ein Vergleich sehr schnell finden lassen wird.“ Bei einigermaßen gutem Willen kann es der Verkehrsbehörde einerlei sein, vor welcher Stelle die Einigung erfolgt, nachdem die Frage mindestens strittig ist, ob ein Tarifvertrag besteht und nach ihm „zuständige“ Stellen. Die Streikenden befreiten das Bestehen eines Tarifvertrags und befürchten, daß ihnen aus Verhandlungen vor einer nach dem abgelaufenen Vertrage zuständigen Schlichtungsstelle der Streik des Tarifvertrags gedreht wird. Bleiben diese ganzen formalen Gesichtspunkte beiseite, dann ist die Einigung im Handumdrehen herbeigeführt. Es fehlt, wie gesagt, nur der Wille der Gesellschaft, wenn die Hochbahn noch länger still liegt.

Eine neue Vermittleraktion.

Auf Einladung des Verkehrsamtes Groß-Berlin werden im Beisein von Registrarsvertretern am heutigen Vormittag die letzten Einigungsverhandlungen im Streik der Angestellten und Arbeiter der Hoch- und Untergrundbahn beginnen. Zu diesem von den städtischen Behörden im Interesse des öffentlichen Verkehrs unbedingt erforderlichen eingeschlagenen Verfahren haben bereits die Vertreter der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer ihre Zusage erteilt.

Am Abend werden, wie schon mitgeteilt, die Funktionäre des gesamten Berliner Verkehrs zum Hochbahnerstreik Stellung nehmen.

Die Lage der Posthilfsschaffner.

Vor uns liegt der Gehaltszettel eines Posthilfsschaffners für Dezember 1921. Der Mann ist verheiratet, noch kinderlos und bezieht ein Monatsgehalt von 1412,50 M. nach der letzten Gehaltserhöhung. Bei der Nachzahlung im November wurde die Erhöhung für Dezember mitausgezahlt. Das war ganz gut gedacht und auch notwendig, um einige notwendige Anschaffungen zu machen, allein die Zulage fehlt nun für Dezember. Die Rückzahlung resp. der Abzug der im November vorausgezählten Dezemberzulage wäre

besser auf etwa drei Monate verteilt worden. Kurzum, unser Posthilfsschaffner bekam für Dezember ein Gehalt von 325,53 M., den Ortszuschlag von 133,33 M. und Teuerungszuschläge von 602,33 M., in Summa 1061,50 M. Davon gehen ab: 37,50 M. für die Kleiderkasse, 48,30 M. für Stiefel, 15 M. für Krankentasse, 50 M. für Dienstschuhen und 37,65 M. für den Post-Vorlebensverein, zusammen 259,55 M., so daß nach diesen Abzügen 801,95 M. zur Auszahlung kamen. Eigentlich sollten noch 25 M. mehr in Abzug kommen als Rückzahlung für Tilgung des in den Tagen des Repp-Purses bezahlten Vorkaufes. Von den 801,95 M. gehen zunächst ab: für Miete 21 M., Bekleidungsrate 100 M., Darlehensrückzahlung mit Zinsen 70,80 M., Zeitung 17 M. und Verband 5 M. Es bleiben mithin nach Abzug dieser allmonatlich wiederkehrenden Ausgaben, wovon die für Miete und Organisation auffallend gering sind, noch 588,15 M. zur Bestreitung des Lebensunterhalts für Dezember, einschließlich Heizung und Beleuchtung. Der Ehemann darf dann aber keinen Pfennig für sich gebrauchen. Das sind täglich nicht ganz 19 M. für den Lebensunterhalt von zwei erwachsenen Personen. Auch die spärlichste Lebensweise kann daran nichts ändern, daß dieser Betrag unzureichend ist. Unser Genosse betont dabei, daß er sich nicht etwa allein in dieser schweren Notlage befindet, sondern die meisten seiner Kollegen mit.

Unter solchen Verhältnissen wird manches erklärlich, was uns gegenwärtig unerklärlich erscheinen möchte. Wir müssen den Ursachen dieser Erscheinungen nachgehen und auf schleunigste Abstellung der schlimmsten Mängel dringen, da eine gründliche Abhilfe in absehbarer Zeit kaum möglich sein dürfte. So wenig wie unser Posthilfsschaffner unter seinen Kollegen allein steht, ebensowenig stehen die Posthilfsschaffner in den untersten Beamten- oder Anwärtergruppen allein. Die Pflichttreue muß gestützt und die Diensttreue gefördert werden. Das kann nur geschehen, indem dafür gesorgt wird, daß die unteren Beamten nicht dem Mangel an den allernotwendigsten Lebensmitteln überlassen werden.

Am vorliegenden Felle konnte für Dezember mit seinem Rest der Löhne des vollen Gehalts von 1412,50 M. ausbezahlt und die Rückzahlung des Zulagenvorschusses auf die nächsten Monate verteilt werden. Für den ehemaligen Arbeitervertreter Giesberts läge es nahe, durch Anstellung einiger Sozialbeamten etwa, der Notlage gerade der untersten Angestellten wenigstens insoweit zu steuern, als es sich im Rahmen der Gehaltsordnung zunächst ermöglichen läßt. Das soll sein Vorwurf sein, um so mehr aber eine Anregung, den Verhältnissen für die Folge besser gerecht zu werden.

Kommunisten für Sonntagsarbeit.

Der Zentralverband der Angestellten wendet sich im Interesse seiner Mitglieder immer wieder gegen das Offenhalten der Verkaufsgeschäfte an den Sonntagen vor Weihnachten, das sehr wohl entbehrt werden kann. Der Regierungspräsident in Potsdam hat in diesem Jahre seine Zustimmung zu den sogenannten Ausnahmestunden verweigert. Das veranlaßte die „Rote Fahne“ in ihrer Nr. 565, sich über angebliche „Entrechtung“ der Arbeiter durch den Regierungspräsidenten zu entrüsten und in speibürgerlicher Manier dagegen zu wehren. Die Verfügung nehme tausenden keinen Krisen den Verdienstmöglichkeit und richte sich auch gegen die Genossenschaften, Gewerkschaften und alle Arbeitervereine, kurzum sie sei eine gegen die breite Masse der Bevölkerung gerichtete Ausnahmebestimmung zugunsten der Bestehenden.

Das Kommunistenblatt hat sich mit dieser Entlassung um so mehr blamiert, als der Vizepräsident von Groß-Berlin für den kommenden Sonntag das Offenhalten der Geschäfte von 1 bis 6 Uhr nachmittags erlaubt hat und die Anordnung des Potsdamer Regierungspräsidenten für Berlin keine Gültigkeit hat.

Überdies haben gerade die Gewerkschaften, die Ortsausschüsse des ADGB, sich im Interesse der Angestellten und der Transportarbeiter für die volle Sonntagsruhe und gegen die Ausnahmebestimmung erklärt. Der Pressedienst des ADGB bemerkt hierzu:

„Die Angestelltenkassette möge an diesem Beispiel erneut sehen, was dabei herauskommt, wenn eine gewerkschaftliche Säuglings-Dinse behandelt wollen, für die ihnen wirklich jedes Verständnis fehlt. Trotz ihres immer so laut betonten Klassenbewußtseins sind sie doch weiter nichts als wildgewordene Kleinbürger, Spießer, die an alten Gewohnheiten fester hängen als konservativste Beamte. Für andere Fälle mag dieses Beispiel der „Roten Fahne“ eine Lehre sein.“

Das warme Herz der T. U. für die Unorganisierten.

Verhandlungen des Angestelltenrats mit der Direktion der Telegraphen-Union verliefen ergebnislos, weshalb die Angestellten den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin anriefen, dessen Spruch in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Um im Trüben zu sehen, richtete die Direktion an die Unorganisierten folgende

„Belannigabe“:

„Zu unserem Bedauern haben die mit den Organisations- und unserer kaufmännischen und gewerblichen Angestellten geführten Verhandlungen nicht zu einem positiven Ergebnis geführt. Da wir nicht wünschen, daß hieraus nachteilige Folgen für unsere nicht-organisierten gewerblichen und kaufmännischen Angestellten entstehen, beabsichtigen wir, mit diesen unmittelbar bezüglich einer angemessenen Erhöhung ihrer Bezüge in Verbindung zu treten und ersuchen die in Frage kommenden Angestellten unseres Betriebes, sich in der Personalabteilung behufs Vereinbarung der in Frage kommenden Lohn- und Gehaltsätze innerhalb der nächsten drei Tage während der Geschäftsstunden zu melden.“

Berlin, den 10. Dezember 1921.

gez. Dr. Cremer, Mejer, Lausch.“

Hoffentlich verschmähen es die unorganisierten Angestellten, ihrer gesetzlichen Vertretung in den Rücken zu

fallen und warten den Schiedspruch ab. Bedauerlich ist ohnehin, daß nicht alle Angestellten organisiert sind und in dieser Weise auf ihre Uneinigkeit spekuliert werden kann. Die Zumutung, die die Direktion den Unorganisierten stellt, zeugt nicht von großer Achtung vor ihnen. Mögen sie zeigen, daß sie zu hoch stehen, um Verrat zu üben.

Lohnaufbesserung in der Badeapparateindustrie. Eine allgemeine Versammlung aller in der Badeapparateindustrie beschäftigten Klempner und Hilfsarbeiter nahm am Mittwoch den Bericht der paritätischen Tarifkommission über die Lohnverhandlungen entgegen. Es ist gelungen, den Forderungen entsprechende Lohnaufbesserungen für den Dezember zu erzielen. Der Verband der Fabrikanten von Badeapparaten hat beschlossen, den in den Verbandsbetrieben (mit Ausnahme der dem Industriellenverband angehörenden Firma Moosdorf u. Hochhäuser) beschäftigten Arbeitern folgende Lohnaufbesserungen unter Fortfall aller sonstigen Zuschläge zu bewilligen: 1. Lohnarbeiter: Die Stundenzulage beträgt in den Klassen 1—5 für männliche Arbeiter über 21 Jahre 3,15 M., in denselben Klassen für männliche Arbeiter von 18 bis 21 Jahren 2,95 M., ferner für männliche Arbeiter unter 18 Jahren 1,20 M. Diese Zuschläge gelten auf die im November gültig gewesenem Löhne. — 2. Akkordarbeit: Auf die im Oktober dieses Jahres gültigen Preise der gedruckten Akkordliste vom 21. und 22. Oktober 1921 wird ein Stundenzuschlag von 4,35 M. gezahlt. Dafür fällt der für Dezember vereinbarte Zuschlag von 12 1/2 Proz. weg. Nach kurzer Debatte stimmte die Versammlung dieser Regelung einstimmig zu.

Der Streik der Fliesenleger. Die Lohnherhöhung, die der für das Hochbauerverband am 23. November gefällte Schiedspruch enthielt, wurde auch von den Fliesenlegern und Helfern Berlins, deren Stundenlöhne sich verhältnismäßig nach den im Hochbau gezahlten Löhnen reagen, abgelehnt. Die Fliesenleger und Helfer fordern einen Lohn von 15 M. für die Stunde. Verhandlungen darüber fanden nicht statt. Infolgedessen wurde die Arbeit überall eingestellt. In zwei Versammlungen wurde zur Lohnbewegung Stellung genommen und beschlossen, die Ausführung aller Fliesenarbeiten zu verbieten. Wie hielten die organisierte Arbeiterkassette des gesamten Hochbaus — und der in Betracht kommenden Betriebe —, von diesem Beschluß Kenntnis zu nehmen. Die Fliesenleger und Helfer Berlins werden zeigen, daß sie auch noch zu streifen wissen, unter der gleichen Parole wie die Berliner Hochbauarbeiter: „Zum Frieden bereit, aber zum Kampf entschlossen.“

Achtung, Zimmerer! Wir ersuchen die Vertrauensmänner von den Firmen, welche unsere Forderungen bewilligt haben, für ihre Belegschaft die Arbeitsbereitschaftsliste vom Bureau, Engelauer Nr. 24/25, Zimmer 49, abzuholen. Die Mitgliedsbücher der einzelnen Kameraden, welche selbstverständlich in Ordnung sein müssen, sind mitzubringen. Um großen Anbrang und daher Störungen zu vermeiden, ersuchen wir nochmals, daß nur die Vertrauensleute kommen und nicht jeder Kamerad einzeln. Der Vorstand.

Auf sämtlichen Siegerländer Gruben sind die Belegschaften in den Kustand getreten. Die Zahl der Streikenden beträgt 6000 Mann.

Die spanischen Bergarbeiter in der Provinz Asturien wollen morgen in den Generastreik treten, um sich gegen die ihnen unter Ausperrung angeordnete Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung der Löhne zu wehren.

Die Elektrizitätsarbeiter in Konstantinopel, die schon wiederholt in Streik getreten waren, um Lohnforderungen durchzusetzen, haben neue Forderungen gestellt. Sie wollen u. a. Einführung des Achtstundentages, eine hundertprozentige Lohnherhöhung und Entlassung der russischen Emigranten, die von der Elektrizitäts-gesellschaft als Streikbrecher verwendet werden, obwohl gesetzlich in Staats- und Gemeindebetrieben nur Türken beschäftigt werden dürfen.

Funktionäre des Verkehrswesens!

Heute abend 6 Uhr in der Buchdrucker, Fildinstraße, Vollversammlung sämtlicher Verkehrs- und Funktionäre der Straßenbahnen, Kleinbahnen- und Omnibusbetriebe Groß-Berlins. Stellungnahme zum Hochbahnerstreik. Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Verkehrsband.

Zentralverband der Angestellten. Einzelhandel: Funktionäerversammlung Sonnabend 7 1/2 Uhr in Danerlands Festhall, Neue Friedstraße, 33.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. 60000 2 Beilagen

Gegen raue aufgesprungene Haut
CREME MOUSON
vollkommenstes Hautpflegemittel

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkaufswelt 25
Koch & Seeland
Gertraudenstr. 20-21.

Noch rechtzeitig zum Weihnachtsfest erschien:

Ein steiniger Weg. Lebenserinnerungen von Otilie Baader. Das von der Frauenwelt lang erwartete Buch der verdienstlichen Vorkämpferin für Frauenrechte ist in diesem Jahre das geliebte Weihnachtsgeschenk für unsere Frauen. . . . Elegante gebunden 16 Mark

Ich bekenne. Die Geschichte einer Frau. Von Clara Müller-Jahnke. Unvergänglich bleibt dies Buch von Liebe und Ehe, das jetzt in neuer, sein ausopfener Ausgabe vorliegt und für Frauen und Mädchen eine wertvolle Weihnachtsgabe ist. Schön gebunden 14 Mark

Neue Bahnen der Kulturpolitik. Aus der Reformpraxis der deutschen Republik. Von C. Haenisch. Das Buch des früheren Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bedeutet einen Alarmruf an das deutsche Volk nach einer durchgreifenden aufbauenden Kulturpolitik. Ein erstes Buch für den Weihnachtstisch jedes deutschen Mannes und jeder deutschen Frau. . . . Preis 18 Mark

Unsere Verkaufsräume sind am Sonntag den 18. Dezember von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends geöffnet

Reichste Auswahl in Geschenkbüchern jeder Art und Preislage. Prächtig kolorierte Bilderbücher und Märchenbücher, Sagen, Tierbücher, Kinder- und Jugenderzählungen, naturgeschichtliche Bücher, moderne Romane in feinen Gebirgsbänden, Klassiker, Werke über Kunst, volkswirtschaftliche, sozialwissenschaftliche, geographische Werke u. a. m.

Ferner liegen zur zwanglosen Bestätigung aus Sämtliche Kunstblätter der Reichsdruckerei sowie die soeben erschienenen

Farbenlichtdrucke des Volkskunst-Verlages „Das Bild“ mit je einer Einführungsschrift. MENZEL: Das Balkonzimmer. SCHULZ: Landschaft. SCHULZ: Winter in Brüssel. . . . Preis pro Bild 45 Mark. Überaus wohlfeile, künstlerisch hochwertige Weihnachtsgeschenke, die den Sämann jeden Heimes bilden.

Buchhandlung Vorwärts - Berlin SW 68 - Lindenstraße 2 (Laden)

Die Schwäche der „Mehrheit“ im Rathaus.

Ausgedehnte Schuldebatte. — Die Gewerkschaft Borsdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung vollzog gestern Wahlen, deren Ergebnis mit Spannung erwartet wurde. Die Bürgerlichen hofften, eine Probe ihrer „Macht“ ablegen zu können. Zu wählen waren Vertreter im Staatsrat, unbesoldete Stadträte und Mitglieder von Verwaltungsdeputationen. Die Versammlung war so stark besucht, wie vielleicht noch nie. Zeitweise waren sämtliche 225 Mitglieder anwesend. Das winzige Übergewicht der Bürgerlichen reicht nicht aus, ihnen in den zu wählenden Vertretungen mehr als die Hälfte der Sitze zu verschaffen. Alle Wahlen hatten das Ergebnis, daß die Linke zusammen die volle Hälfte der Sitze erhielt. Bei der Wahl zu den Verwaltungsdeputationen war das nur dadurch erreicht worden, daß die drei Fraktionen der Linken eine Listenverbindung eingingen. — Sonst wurde von der wieder sehr umfangreichen, 64 Gegenstände enthaltenden Tagesordnung wenig erledigt. Lange Debatten entstanden über die Zusammenlegung der Bezirksdeputation und des Bezirkschulsausschusses für die Verwaltungsbezirke 1—6 und über die Kündigungen der Junglehrer. Beide Angelegenheiten kamen nicht zur Erledigung. Bei der Magistratsvorlage auf Verkauf der Gewerkschaft Borsdorf ist Anrupel-Kunze, wie wenn er etwas zu „enthalten“ hätte. Er machte die weiterschütternde Mitteilung, daß der „Käufer“ völlig mittellos sei. Selbstverständlich handelt es sich um einen Vermittler, dessen Auftraggeber über das nötige Kapital verfügt. Ein Ausschuß wird den Plan des Verkaufs näher prüfen.

Sitzungsbericht.

Eröffnung durch Dr. Caspary 5 Uhr 20 Minuten. Die Anträge der Demokraten und der Deutschnationalen, welche die Rentabilitätsprüfung der städtischen Wirtschaftsbetriebe durch einen Sachverständigenausschuss bezwecken, werden einem Ausschuss überwiesen; gleichzeitig wird der Magistrat ersucht, Sachverständige zu berufen und Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Vor der Tagesordnung beschwert sich Stadin. Kunze (Dtsch.-Soz.) nochmals über die ihm am vorigen Donnerstag durch den Debatteklub zugesagte Wortentziehung. Wenn man ihn nochmals so behandle, werde er zur Obstruktion schreiten (schallendes Gelächter) und eventuell zu jedem Gegenstande (heute sind es 64, D. Red.) das Wort ergreifen. Die Vorlage wegen Errichtung von 16 Stadtdarfstellen wird mit den vom Ausschuss für Anstellungssachen vorgeschlagenen Verbesserungen, welche Stadimedizinrat Rabnow beim Magistrat zu verketten verspricht, angenommen. Ueber die Vorlage betr. die Bildung der Bezirkschuldeputation und des Bezirkschulsausschusses für die Bezirke 1 bis 6 berichtet ausführlich Dr. Borchardt (Soz.). Um 6 Uhr wird die Besprechung unterbrochen, da für diesen Zeitpunkt die

Wahl von acht Mitgliedern und acht Stellvertretern des Staatsrats angeht. Die Wahl erfolgt auf Grund von 6 zugelassenen Wahlvorschlägen durch Namensaufruf. Die Ermittlung des Ergebnisses findet außerhalb des Saales statt; die Versammlung fährt in der unterbrochenen Beratung fort. Bei der Wahl zum Staatsrat sind 224 Stimmzettel abgegeben worden, davon sind auf die Liste Ritter (Soz.) 46, auf die Liste Dr. Weinberg (U. Soz.) 42, auf die Liste Dr. Steiniger (Dnat.) 48, auf die Liste Böß (Dem.) 27, auf die Liste Hallensleben (D. Sp.) 40, auf die Liste Kuppert 21 Stimmen entfallen. Für das achte Mandat entscheidet das Los zwischen den Listen Kuppert und Weinberg zugunsten der letzteren. Gewählt sind: Ritter und Czemiński (Soz.), Dr. Weinberg und Reimann (U. Soz.), Dr. Steiniger und Fabian (Dnat.), Böß (Dem.), Hallensleben (D. Sp.).

Nach der Magistratsvorlage haben die von der Versammlung am 10. Mai beschlossenen Zusammenschlüsse den gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen nicht entsprochen. Er schlägt jetzt vor, die Deputation bestehen zu lassen aus 6 Mitgliedern aus dem Magistrat und den Bezirksamtern, von denen einer der Stadtschulrat ist, 6 Mitgliedern der Bezirksversammlungen, von denen 3 zugleich Stadtverordnete sind, 6 Lehrern und Lehrerinnen, 6 des Erziehungs- und Volksschulwesens kundigen Personen; der einheitsliche Bezirkschulsausschuss soll bestehen aus dem Stadtschulrat als Vorsitzenden, 3 weiteren Magistratsmitgliedern, 3 Stadtverordneten, 3 Bürgerdeputierten und 3 Direktoren höherer Lehranstalten. Der Ausschuss hat die Zusammenlegung des Schulsausschusses mit der Maßgabe gutgeheißen, daß nicht je 3, sondern je 4 Bürgerdeputierte und Direktoren ihm angehören sollen, und daß unter den „3 weiteren Magistratsmitgliedern“ auch Bezirksamtsmitglieder sein dürfen. Der Referent bittet dringend um Annahme der Vorschläge, damit die zentrale Schulverwaltung Groß-Berlins endlich zu funktionieren beginnen könne. Frau Fromm (D. Sp.) erklärt die Vorlage und die Ausschussvorschläge für absolut unausgereift und beantragt nochmalige Ausschussberatung. Stadtschulrat Pauffen warnt dringend vor der Zurückverweisung. Bessere Vorschläge seien nicht zu machen; der Mangel liegt an der

Küchenhaftigkeit des Gesetzes Groß-Berlin. Endlich einmal müsse die Schulverwaltung doch arbeitsfähig werden. Kreuziger (Soz.): Wir stehen durchaus noch Zentralisierungsgeboten und können weder den Magistratsvorschlag noch die Ausschussanträge annehmen. Wir wollen das Wahl- bzw. Ernennungsrecht des Oberbürgermeisters nicht im geringsten antasteten; um in gewisser Weise die Bezirksämter doch zu berücksichtigen, beantragen wir, neben dem Stadtschulrat in die Deputation 5 Bezirksamtsmitglieder zu entsenden, wobei dem Bezirksamtern ein Vorkaufsrecht gegeben wird; ebenso wären die 6 Mitglieder der Bezirksversammlungen 1—VI derart zu wählen, daß jede Bezirksversammlung einen vorzuschlagen hat. Hiernach wird die Beratung abermals unterbrochen. Es wird zur Wahl von 12 unbesoldeten Stadträten geschritten. Hieran schließt sich sofort die Wahl der Mitglieder für die zentralen Verwaltungsdeputationen. Zur Vorlage wegen Bildung der einheitslichen Bezirkschuldeputation für Berlin 1—VI sprechen noch Troll (Dnat. Sp.), Dr. Löwentz (U. Soz.), Dr. Heime (Dem.), Dr. Borchardt (Soz.), der gegen die von Frau Fromm und auch von Koch erstrebte Zerstückelung des bisher einheitslichen Schulwesens von Alt-Berlin protestiert und die nochmalige Ausschussberatung für überflüssig erklärt. Darauf wird ein Schlusssatz angenommen und die Vorlage an den Ausschuss zurückverwiesen.

Ein. Kunze (Dtsch.-Soz.) beantragt, den Punkt 54 der Tagesordnung „Verkauf der Gewerkschaft Borsdorf“ sei vorwegzunehmen. Der Antrag wird von Koch (Dnat. Sp.) unterstützt und von einer beträchtlichen Mehrheit unter großer Heiterkeit angenommen. Der Vorsteher teilt das Ergebnis der Stadtratswahl mit. Auf die Liste Wege (Dnat. Sp.) entfielen 30, auf die Liste Benede (D. Sp.) 35, auf die Liste Peters (Dem.) 41; diese drei Listen waren verbunden. Die Listen Heilmann (Soz.), Bepl (U. Soz.) und Göbel (Komm.) erhalten 50, 41 und 19 Stimmen. Gewählt sind Wege und Dr. Richter (Dnat. Sp.), Benede und Sausse (D. Sp.), Peters (Dem.), Busch (Dtsch. Sp.), Koch, Ahrens und A. H. Dr. Treitel (Soz.), Frau Dr. Bepl und Schlichting (U. Soz.) und Weg (Komm.). Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen war 225; die Verlesung war vollständig. Auch bei der Wahl für die zentralen Verwaltungsdeputationen wurden 225 Stimmen abgegeben, davon einer unanständig. Von den 224 gültigen entfielen auf die Listen Heilmann, Weg und Göbel 110, auf die Liste Bepl 43, auf die Liste v. Emern 35, auf die Liste Dove 36 Stimmen. Auf die ersten entfielen 8, auf die drei anderen Listen je 3, 2 und 3, also gleichfalls 8 Mitglieder. Zur Magistratsvorlage betr. die

Gewerkschaft Borsdorf, die für 30 Millionen Mark an einen Herrn Walsburg verkauft werden soll, weil sie sich als ein völlig unrentables Kohlenbergwerk erwiesen hat, bemerkt Kunze, daß hier ein unrentables Spiel mit städtischem Besitz getrieben werden soll, daß der Käufer

Wanghild hörte nach dem Fahren. „Deht ist er vorüber!“ sagte sie mit einem Seufzer, aber ihr Busen wogte noch und füllte das Hemd. Der Mann ließ seine Beine im Wasser plätschern. „Das fühlt“, sagte er, „nach vier Tagen auf der Waj.“ „Es muß warm sein mit so einem Balz!“ meinte Solborg, „und schade ist's um Ihr langes Flachshaar!“ Sie schüttelte sich mit einem Impferblatt und beaugenscheinigte ihn kritisch. Er nahm den Samthut ab, seufzte ein altes graues Taschentuch, legte es über die Glase und pustete erleichtert. Er trug einen langschäftigen Rock, der über der ganzen Vorderbreite mit Delfarbe bespritzt war, einen Wollemdrögen mit Schnurleiste und statt der Weste einen Sportgürtel. Einladend lächelnd, drückte er den Kopf auf dem kleinen geschnittenen Vogelholz. „Und woher kommen die Damen nun des Wegs?“ Er schüttelte ein wenig Tabak aus der Hosentasche in eine kräftige graue Hand, die in der Mitte einen gebleichten Fleck hatte, führte ihn an seine kleine schmale Nase und schnupfte. „Da wo wir ausgereiffen sind —!“ Solborg warf den Raden zurück, doch drei Haarnadeln aus der Feilur flogen. „Aus dem Rettungsheim natürlich, von 1905, für irregangene junge Mädchen. Drei Tage sind wir da gefessen, dann brannnten wir durch.“ „Wir kriegten Margarine zu essen“, seufzte Wanghild schwer. Solborg zog ein schiefes Mäulchen. „Und Wassergrühe!“ Sie schlug sich mit der Hand auf das Hinterteil. „Das reine Kinderheim! — Wanghild hat den Ulster der Vorsteherin an.“ Sie gähnte und reckte die Arme. „Und jetzt sind wir auf Vergnügen. Ich und Wanghild. Auf Freiheit.“ Der Mann trocknete sich die Füße mit einem Grasbüschel. „Dort ich den Damen vielleicht ein Logis bei mir anbieten?“ Solborg sperrte die Augen auf und sah sich um. „Wo soll das sein?“ „Hotel Kokenruke!“ Er steckte die Nase in seine Strümpfe, fand letztere aber noch zu naß und barg sie kopfschüttelnd in der Tasche. Dann trat er in die Säurückstube und band die Schnüre zu schneifen. „Bitte sehr, näherzutreten“, sagte er. „Hüster Busch, rechts.“ Er vorbeugte sich schief und rollte die Augen. „Darf ich mir erlauben, mich vorzustellen: Riefs Ankerfen, wunderbarer Kunstmaler.“ Er lächelte mit drei Zähnen im Oberkiefer, stand

ein mittellose Mittelmann sei, der das Geschäft für andere mache und vor 4 Wochen den Offenbarungseid geleistet habe. (Große Bewegung.) Man solle die Sache sofort einem Ausschuss überweisen. Stadtrat Radtke-Kneufuß lehnt die Vorlage, gibt aber die Aufgabe des Offenbarungseids zu. Er teilt mit, daß inzwischen ein Gebot von 35 Millionen Mark gemacht ist. Der Vorsteher gibt auch ein Gebot in derselben Sache eingegangenes Telegramm bekannt und hält sofortige Verweisung der Vorlage an einen Ausschuss für geboten, ebenso Fabian (Dnat.). — Alexander (Komm.) lehnt die Vorlage ab. — Rämmerer Karling setzt sich für die Vorlage ein. — Auf Antrag Fabian wird die Debatte geschlossen und die Vorlage einem noch heute zu wählenden Ausschuss überwiesen. Die am 15. November erfolgte

Kündigung der Junglehrer ist Gegenstand einer Ausschussberatung gewesen. Der Ausschuss fordert die Zurücknahme der Kündigung. Ueber die Frage, ob der Vorhin für die Zusammenlegung der Deputationen durch die Wahl gesunde Schäfte auch für alle Ausschüsse gelten soll, erhebt sich in der zehnten Stunde noch eine lange Debatte. Da der Vorsteher die bezügliche Anregung des Stadin. Lange (3.) ablehnt, muß zur Wahl des Ausschusses für Borsdorf durch Listenwahl und Namensaufruf geschritten werden. Um 10 Uhr wird das Ergebnis verkündet: 180 Stimmen abgegeben; demnach kommen 3 Mitglieder auf die Deutschnationalen, 3 auf die Deutsche Volkspartei, 2 auf die Arbeitsgemeinschaft und 7 auf die vereinigte Linke. Nach 10 Uhr wird die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung Dienstag.

Politik und Schule. Unter dieser Überschrift veröffentlichte der Berliner Volksanwaiser am 11. Dezember eine mit S. R. unterzeichnete Notiz, in welcher gegen das Bezirksamt 15 (Tropow) der Sowjet erhoben wird, es habe die Wahl eines Oberstudienrats nach parteipolitischen Gesichtspunkten getroffen. Der Einsender betont, das Lehrerkollegium des Realgymnasiums habe zum stellvertretenden Direktor einstimmig den ältesten Amtsgenossen vorgeschlagen, das Bezirksamt sei indessen ohne Gegenstände über den Fiskus des Lehrkörpers hinweggegangen und habe einen weit jüngeren Herrn gewählt, der freilich zu den radikalsten Schulreformern gehöre und auf Paulsen Schulprogramm schwöre. „Was kann“, so betont der Einsender am Schluß, „geirant sein, wie sich die vorerwähnte Dienststelle hierzu stellen wird.“

Hierzu ist folgendes zu bemerken: Der Gewählte ist ein anerkannter Schulmann, der sich abgemessener Verteidigung erheut. Die eine wätere Abstimmung des Lehrerkollegiums erhoben hat, ist der Vorschlag des letzteren nur mit 15 gegen 5 bei 8 Stimmen enthalten worden; es stehen also, da außerdem der Gewählte nicht an dem Abstimmungsakt beteiligt war, ten 15 Stimmen 9 gegenüber, welche auf den dienstältesten Kandidaten nicht eingeworfen sind. Das Bezirksamt hat einen Mann gewählt, gegen dessen Qualifikation auch das Lehrerkollegium nicht den geringsten Einwand erheben kann, es hat abermals den von der Mehrheit des Lehrerkollegiums vertretenen Standpunkt ablehnen müssen, daß als stellvertretender Direktor nur der dienstälteste in Betracht komme. Ein solcher Grundlag ist unteres Wissens auch von den Lehrerkollegien anderer Corpsanstalten nicht befolgt worden. Daß der Gewählte ein Schulreformer ist und den Erziehungsproblemen unruher Zeit offenen Sinnes gegenübersteht, läßt ihn für dieses Amt als besonders geeignet erscheinen.

Der Stich ins Herz. Mit der schwierigen Frage, ob eine in Furcht, Verstärkung oder Zureden beängene Heberhebung der Notwehr, die sogenannte Putativnotwehr vorliegt, hatten sich gestern die Gewählten zu beschäftigen. Angeklagt wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang war der Kaufmann Franz Heine aus Berlin-Südende. In der Nacht vom 8. August d. J. indete der Angeklagte in Begleitung des Oberpostinspektors D. und des Freundes K. die in Südende gelegene Schaumfabrik von Strietow auf. Hier geriet er mit dem Kaufmann Kobl in einen Streit, da dieser ihn beschuldigte, er habe durch seine des Angeklagten, Savid beim Spiel verloren. Der Streit legte sich dann auf der Straße fort und es kam zu einem Handgemenge, bei dem Kobl dem Angeklagten einen Stich vor die Brust versetzte. In diesem Augenblick hielt Heine dem K. ein Taschentuch vor die Augen, um die Wunden zu decken, einladend auf seinen krummen Beinen und schwenkte den Samthut.

Solborg nickte Wanghild bedeutungsvoll zu: „Sollen wir wirklich, ich und du, mit Großvater heimgehen?“ Wanghild nahm die Röde um ihre runden Beine zu sammeln und erschöpfte sich träumend. Und nachdem Ankerfen mit dem Daumen einen Steig beezigt net hatte, der in das kleine Buschwerk schlüpfte, ging er voran, mit wunden Füßen in dem durksäckerten Schuhwerk. Solborg sah über die Schulter zurück und steckte die Zunge heraus: „Ra, adjes denn, Fräulein Vorsteherin und Prost mit Eßig!“ Und sie legte den Arm um Wanghilds Hüften. Unter einem der Büsche wohnte Ankerfen. Es war ein Busch, der ein ganzes Dach bildete — Solborg hielt es für eine Trauerweide — und an einem kleinen Erdhügel hatte Ankerfen sich ein richtiges Nest aus Heu bereitet. „Ich wohne im Erdgesch.“, sagte er, „und meine Möbel habe ich im Keller.“ Er scharrte im Heu und zog einen Mantel hervor, der, wie Solborg sah, auf der Vorderseite ein in Himmelblau gemaltes Bild trug. „Ist das ein Husar?“ fragte sie, die Augen zusammenknelfend. Er schüttelte den Kopf. „Nein, das ist ein Seestück.“ Die weißen Streifen seien Schaum, erklärte er. „Bitte, im Sofa Platz zu nehmen.“ Er grub mit dem Hinterrücken zwei Vertiefungen in das Heu, für jede der Damen eine. Solborg guckte hinauf nach dem Gipfel des Baumes, wo die Zweige säuttern waren. In halber Höhe saßen einige mittelgroße Vögel. Ihr Hopfen genierte sie. Es waren sicher Stare oder Buschfinken. Dies Getue! Es war rein zu toll! Sie stand auf. „Und wo sollen wir wohnen?“ fragte sie erhofft. „Da oben in der Ronnarbe vielleicht?“ Ankerfen hatte viele Entschuldigungen vorzubringen. Die Decke sei so wohl unecht, aber darüber sei es sternenhell. Wenigstens des Nachts! „Danke sehr!“ sagte Solborg und hürstete sich das Heu von der Kermesschürze. „Im Rettungsheim hatten wir Kohhaarmotoren und auf den Gefimnen Schriftstücken.“ Ankerfen verdrehte listisch die Augen. „Aber keine Freiheit. Und keine offene Natur!“ (Fortsetzung folgt.)

Der Trambahnwagen der Freiheit.

1) Novelle von Otto Rung.

Die Landstraße dahin liefen Solborg und Wanghild. Wanghild in Hemd und Rock unter dem braunen Ulster der Vorsteherin, Solborg in blauer Kermesschürze und weißen Wollstrümpfen, beide ohne Kopfbedeckung. Wanghild brünett, drall, etwas über siebenzehn Jahre, Solborg goldblond-lockig, langbeinig und fast achtzehn. Es war Sonnenwetter und badend heiß. Die beiden Mädchen pflückten Blätter, um ihre Stirnen zu trocknen, unter den langen mageren Bäumen, die hier standen, war nicht so viel Schatten wie daheim auf dem Südkülvord im Juli. Solborg schüttelte eine lange Kihelocke von der Stumpfnase fort und blinzelte nach der Sonne hinauf. „Was ist nun das?“ küßte sie. „Deht kannst du was erleben, Wanghild!“ Oben auf der Anhöhe kam ein Radsfahrer zum Vorschein. „Weiße Mäde und Hosen“, sagte Solborg. „Das kann nur ein Fährerpolizist sein.“ Wanghilds kleine Unterlippe sank. Die Mausezähne hatten erkördet auseinander. „Reifen wir aus —“ sagte Solborg und ließ sich auf dem Hinterteil in den Graben hinabgleiten. Dort war ein Loch im Raun, Solborg kam hindurch, schlank wie ein Kal. Wanghild dagegen blieb stecken als der kleine Pfropfen, der sie war. Solborg zog sie an den Beinen. Sie rutschten eine Böschung hinab, einem Rinnsal zu; was vor ihnen lag, waren Felder mit Milchäbeln und Blumen hinan gegen ein paar Anhöhen, und einigz Gebüsch und keine Häuser. Plötzlich hustete jemand in ihrer Nähe. Sie schoben erschrocken noch rechts. Da schien sie dicht neben einem Herrn. Solborg freischte auf; dann schielte sie nach ihm hin.

Recht! Ein Herr war das nicht, sondern ein Mann mit langen Borstoppeln. Er hatte Schuhe und Strümpfe von beiden Füßen gestreift, mit denen er in dem Boche plätschte. „Da oben kommt ein Radschhrvolszist daher“, sagte Solborg warnend. „Dah Sie es wissen!“ „Danke sehr, meine Damen!“ erwiderte der Mann sehr lächlich und küßte seinen Samthut. Sein Schädel war hoch, wach und nackt wie ein Boedel. Vor den Ohren und ebenso auf dem Arm stand ein bißchen weißes Haar in Büscheln herpor wie Röhhaar aus einer alten Matrahe.

Wanghild hörte nach dem Fahren. „Deht ist er vorüber!“ sagte sie mit einem Seufzer, aber ihr Busen wogte noch und füllte das Hemd. Der Mann ließ seine Beine im Wasser plätschern. „Das fühlt“, sagte er, „nach vier Tagen auf der Waj.“ „Es muß warm sein mit so einem Balz!“ meinte Solborg, „und schade ist's um Ihr langes Flachshaar!“ Sie schüttelte sich mit einem Impferblatt und beaugenscheinigte ihn kritisch. Er nahm den Samthut ab, seufzte ein altes graues Taschentuch, legte es über die Glase und pustete erleichtert. Er trug einen langschäftigen Rock, der über der ganzen Vorderbreite mit Delfarbe bespritzt war, einen Wollemdrögen mit Schnurleiste und statt der Weste einen Sportgürtel. Einladend lächelnd, drückte er den Kopf auf dem kleinen geschnittenen Vogelholz. „Und woher kommen die Damen nun des Wegs?“ Er schüttelte ein wenig Tabak aus der Hosentasche in eine kräftige graue Hand, die in der Mitte einen gebleichten Fleck hatte, führte ihn an seine kleine schmale Nase und schnupfte. „Da wo wir ausgereiffen sind —!“ Solborg warf den Raden zurück, doch drei Haarnadeln aus der Feilur flogen. „Aus dem Rettungsheim natürlich, von 1905, für irregangene junge Mädchen. Drei Tage sind wir da gefessen, dann brannnten wir durch.“ „Wir kriegten Margarine zu essen“, seufzte Wanghild schwer. Solborg zog ein schiefes Mäulchen. „Und Wassergrühe!“ Sie schlug sich mit der Hand auf das Hinterteil. „Das reine Kinderheim! — Wanghild hat den Ulster der Vorsteherin an.“ Sie gähnte und reckte die Arme. „Und jetzt sind wir auf Vergnügen. Ich und Wanghild. Auf Freiheit.“ Der Mann trocknete sich die Füße mit einem Grasbüschel. „Dort ich den Damen vielleicht ein Logis bei mir anbieten?“ Solborg sperrte die Augen auf und sah sich um. „Wo soll das sein?“ „Hotel Kokenruke!“ Er steckte die Nase in seine Strümpfe, fand letztere aber noch zu naß und barg sie kopfschüttelnd in der Tasche. Dann trat er in die Säurückstube und band die Schnüre zu schneifen. „Bitte sehr, näherzutreten“, sagte er. „Hüster Busch, rechts.“ Er vorbeugte sich schief und rollte die Augen. „Darf ich mir erlauben, mich vorzustellen: Riefs Ankerfen, wunderbarer Kunstmaler.“ Er lächelte mit drei Zähnen im Oberkiefer, stand

Wirtschaft

Die falsche Einstellung.

Neben dem versteckten Kampf gegen die Besitzsteuern, wie er von den Steuerpflichtigen selbst geführt wird, geht der offene Kampf gegen den Gedanken von steuerlichen Eingriffen in die Vermögenssubstanz unvermindert fort. Es war von jeher so, daß das „Vaterland in Gefahr“ war, wenn eine wirksame Steuermaßnahme gegen die großen Geldsäcke besornt, und es braucht daher nicht weiter zu verwundern, wenn gegen die von der Sozialdemokratie geforderte Erfassung der Sachwerte mit gleichen Lebensarten angegriffen wird. Anders ist es, wenn sich der Kampf gegen Besitzsteuern hinter sachliche Beweisgründe zu verschonen sucht. Zu diesen gehört der „Eingriff in das Betriebskapital“, von dem bisher noch nirgend etwas zu spüren ist — sonst könnten ja die Erwerbsgesellschaften in ihrer Gesamtheit nicht Milliardenwerte an Betriebskapital durch Kapitalvermehrungen ihren Aktionären zugute kommen lassen. Bezeichnend für diese Kampfweise ist eine Eingabe der Bremer Handelskammer zu den neuen Steuergesetzentwürfen an die zuständigen Körperschaften. Dr. phil. G. Berger schreibt uns dazu:

Jemand, der am 31. Dezember 1919 ein Vermögen von einer Million Mark besitzt und dies in einem Gewerbebetrieb angelegt hat, soll nach der Eingabe in den Jahren 1920 bis 1925 je 200 000 M., insgesamt also 1,2 Millionen verdienen. Nehmen wir weiter an — so heißt es da — daß der Betreffende etwa als Vater einer größeren Familie jährlich 75 000 M. für seinen Haushalt braucht, so behält er (nach Durchführung der Vermögenssteuervorlage) Ende 1925 von seinem Gesamtverdienst von 1,2 Millionen Mark nicht nur nichts übrig, sondern sein Vermögen hat sich in diesen 6 Jahren sogar um etwa 70 000 M. vermindert. Mit einer beispiellosen Dreifachheit werden vom Reineinkommen sämtliche Ertrag- und Vermögenssteuern in Abzug gebracht — „zur Veranschaulichung der Steuerbelastung“, wie es erläuternd so häufig heißt. Auf diese Weise werden 32 500 M. irrtümlich eingezogen.

Wenn nun der Unternehmer nicht ausgerechnet 75 000 M., sondern nur 70 000 M. für sich verbraucht, was selbst bei starker Familie noch eine ganz hübsche Summe ist, so bleibt sogar ein Ueberschuß — eine Vermögensvermehrung — von 7500 M., obendrein sind sämtliche Vermögenssteuern in voller Höhe bezahlt.

Das Beispiel beweist, — sogar abgesehen von den oben aufgedeckten „Irrtümern“ — daß der Unternehmer bequem sämtliche Vermögenssteuern lediglich aus dem Reineinkommen be-

streiten kann. Die Bremer Handelskammer erklärt aber den Spiel der Freiheit, wenn sie schreibt: „Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn der einzelne lediglich darauf ausgeht, auch gegenüber der Staatsgewalt mit allen Mitteln nur seinen eigenen Vorteil zu wahren und die Früchte seiner Arbeit (!) nicht in den Staatskäse, das Fach ohne Boden, zu schütten. Wir halten es auch für richtig, dies offen auszusprechen und der Regierung gegenüber immer wieder aufs neue zu betonen, bis sie sich selbst zu dem alten Grundsatz zurückfindet, daß die Politik die Kunst des Möglichen ist und demgemäß die finanziellen Anforderungen an den einzelnen soweit zurücksteckt, daß sie auf eine legale Steuerzahlung (!) rechnen kann. Wird aber unsere Politik der direkten Besteuerung nicht durchgreifend geändert, so wird eine allgemeine Steuerflucht die unausweichliche Folge sein.“ Gegen eine derartige unverhohlene Aufforderung zur Steuerhinterziehung hilft nur eins: rückföchstes durchgreifen, aber im anderen Sinne, wie die Bremer Handelskammer meint. Das Kapital kann zahlen, wie es ja selbst nachweist, will ab nicht. Aus der allergrößten Not verstanden und versehen diese Brüder goldene Dukaten zu prägen. Und möge die Ration dabei zugrunde gehen — heilig ist der Kapitalprofit.

Die Schlussfolgerung ist richtig. Wesentlich für die Beurteilung der Forderungen ist die Tatsache, daß selbst maßgebliche Vertretungen des Handels und Gewerbes es als Selbstverständlichkeit ansehen, daß die Vermögenssteuern aus dem Ertrag gezahlt werden müssen. Würden sie die umgekehrte Rechnung aufstellen, nämlich die Steuern dem Vermögen entnehmen — denn das ist doch letzten Endes der Sinn der Vermögensbesteuerung — so würden sie nämlich den Beweis liefern, daß ein erheblicher Teil des durch Steuern entstandenen Vermögensverlustes innerhalb weniger Jahre wieder hereingebbracht worden ist. Tritt dazu die Absicht, durch eine Einschränkung des eigenen Verbrauchs zu sparen, so wird nach dem Beispiel der Handelskammer sogar die ganze Steuer in ganz kurzer Zeit wieder hereingebbracht. Das Urteil der Handelskammer beruht also auf einer ganz falschen Einstellung zu den Vermögenssteuern.

Aber man muß zu dem Schwindel greifen, daß man Kapitalsteuern als Einkommensteuern berechnet, um überhaupt gegen Besitzsteuern ankämpfen zu können. Notwendig ist, daß dieser Unfug aufhört und daß das Reich endlich eine Vermögenssteuer schafft, die tatsächlich die Besitzfähigen an der Quelle ihrer Gewinne trifft. Und das ist die Erfassung der Sachwerte.

Die amtlichen Devisenkurse der gestrigen Berliner Börse waren gegen vorgestern so auf wie unverändert. Der Preis eines Dollars erhöhte sich um eine Mark auf 181,05; auch die übrigen Notierungen folgten nur ganz geringfügige Abweichungen.

Die trostlose Lage der Reichsfinanzen geht daraus hervor, daß das Reich in den ersten zehn Tagen des Monats Dezember zur Beilegung seiner Ausgaben für 6,88 Milliarden Mark neue schwebende Schulden einzulegen mußte. Im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1921/22, also April bis September, wurden für 64,6 im Monat Oktober für 11,7, im November für 27,86 Milliarden neue kurzfristige Schuldverschreibungen aufgenommen. Insgesamt betragen die schwebenden Schulden des Reichs am 10. Dezember 233,46 Milliarden Mark.

Ein Konjunkturarchiv. Mit jedem Tage rückt die Wirtschaft mehr in den Kreis der Interessen, die die Arbeiterschaft unmittelbar angehen. Der Betriebsrat, der Gewerkschaftsvertreter, selbst der Parteipolitiker, müssen sie dem Verhandlungsgegenstand ebenbürtig sein, sind genötigt, sich umfassende Kenntnisse der Wirtschaftsvorgänge zu verschaffen. Veränderungen der Wirtschaftslage sorgsam zu beachten und sich ein Bild über die Produktivität der Arbeit zu machen. Nur mit solchem Rüstzeug können sie ihren Forderungen den Nachdruck verleihen, der den von einer großen getauften Presse unterstützten Unternehmeranschauungen ein Gegengewicht bietet. Es genügt nicht, eine größere Zahl von Zeitungen und Zeitschriften zu lesen, man muß Wichtiges aufbewahren, um es zur gegebenen Zeit zur Hand zu haben. Das erfordert aber wieder einen großen Aufwand an Zeit und Arbeitskraft. Es ist daher zu begrüßen, daß jetzt Bruno Horstmann, der Herausgeber der Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsrevue, zusammen mit Dr. G. Remény sich der Aufgabe unterzogen hat, ein Konjunkturarchiv zu gründen. Das im besonderen zur Information der Arbeitnehmer gedacht ist und das wichtigste Lesematerial fertig zur archivarischen Aufbewahrung bietet. Der Organisationsplan und die ersten Blätter, die bisher vorliegen, zeigen, daß die Bearbeiter auf dem richtigen Wege sind und tatsächlich auf dem Gebiete der Markt- und Preisberichterstattung, der Produktion und der Wirtschaftsoberwachung umfassendes Material aus fast jeder Feder bringen. Der Bezug dieser Blätter, der monatlich 60 M. kostet und beim Verlag des Konjunkturarchivs, Duisburg, Vestf. 6, bestellt werden kann, sei daher empfohlen.

Der Kalkulationszettel, der bei seinen beiden letzten Kapitalaufnahmen allein 11 Millionen an Bezugsrechten seinen Aktionären überließ, gibt jetzt zum Wiederaufbau des Oppauer Werks für 145,631 Millionen Mark neue Aktien aus, die am freien Markt verkauft werden und daher den beteiligten Unternehmungen ein beträchtliches Nominalvermögen einbringen werden. Es geht also auch so. Freilich hat die Spekulation an dieser Aktienausgabe keine so große Freude.

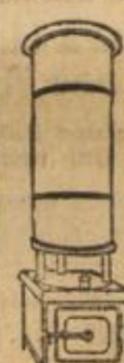
Arbeitersport.

Arbeiter-Radsportverein „Geck-Veritas“, Sonnabend, 17. d. M., abends 8 Uhr, Weihnachtseisbesetzung bei Altm. Hofenstraße 12. Sonntag nachmittags 1½ Uhr Fahrt nach Rietz (Heldberg). Start Mariannenplatz. Ziele: Rietz, Rietz, Rietz. Sonnabend: Sitzung des Ausschusses, Rietz, Mariannenplatz 12, 7½ Uhr. Dazu je 1 Mitglied des Ausschusses und ein Beirat.

Bezirksverb. SPD.
178. Wkt. Uhlendorp.
Den Genossen und Genossinnen zur Weihnachtsfeier, doch unserer langjährigen Genossin, die Frau unserer ehemaligen Stadtratsmitglied Frau Ludwig am Dienstag abends 8 Uhr.
Die Bewirtung findet am So. nachm. 7 Uhr, von der Beschlusse des Vorstandes in der Vornachstraße aus statt.
Mitregte Beteiligung erbeten.
156 1
Weihnachtsgeld.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vereinslokal Berlin N 54, Lindenstraße 23/25.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Nord 533, 534, 535, 536.
Sonnabend, den 18. Dezember, vorm. 10 Uhr, in Dosters Festsaal, Ledeburg 17.
Branchenversammlung der Schmiede
(Einschl. in Großbetriebe, Zwangs-, Fabrik-, Brauerei- und Karrenbetriebe, die im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind)
Tagesordnung: 1. Was steht uns im neuen Jahr bevor? 2. Branchenangelegenheiten. 3. Ber. Gladbeck.
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig. — Mitgliedsbuch legitimiert!
Sonnabend, den 18. Dezember, vorm. 9 Uhr, im Rosenhüter Hof, Rosenhüterstr. 11/12.

Hier heizt Hotobrau!
Mit wenig Gas, Elektrizität, Holz, Torf, Braunkohle in 10 Minuten ein warmes Zimmer!
Ueberall aufstellbar! Ständige praktische Vorführung!



Lucullus
Jerusalemstr. 31 (am Dönhoffpl.)
Fernsprecher: Zentrum 5991 und 11984
Prospekte durch A. E. Bantz C 19

Unsere Fabrik in Berlin Pichelsdorf beliefert



Cobu
„Cobu“, Coloss-Platten-Butter MARGARET
Bergisch-Märkische Margarine Werke F.A. J. Sieder A.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf
Generalvertretung: Franz Jos. Gfrörer
BERLIN W 50, Ansbacher Str. 50 • Fernspr.: Steilplatz 4848 u. 12144

Leder
Kubisse! von 2700 M. aufwärts. Ledergarnituren zu überraschend billigen Preisen. auch geb. Lederkubisse! verkauft billig Pollock.
Joachimstaler Str. 38 hochb., n. Kurf.-Damm

Brillanten Trauringe
Uhren, Platin, Gold, Silber-Bruch sowie Münzen-Sammlungen
bedeutend billiger
Duk.-Gold 900 gest. 14 Karat 883
333
in jed. Größe u. Preis.
an Lager
A. Butterfas, Berlin O
Andreasstr. 44, Ecke Gr. Frankfurter Str.
v. 2-vin Jandori

Ankauf Juwelen
Margal & Co.
Sanonlorstr. 9

Anzüge u. Paletots
in moderner Ausführung für Herren und Burschen
Prima Verarbeitung!
Stolzmann
Halle-Allianz-Str. 104
Ring. 1. Möbe geschäft

Garderobe
für Herren, Damen u. Knaben
nur neuere Modelle, auf bequeme Teilzahlung bei mäßiger Teilzahlung
Heinrich Georg
Andreasstr. 28, 1. Et. (am Andrasstr. 2)
Sonnabend von 1-6 Uhr geöffnet

25 M. wöchentliche Teilzahlung Herren-Anzüge und Ulster
in nur gedieg. Ausführung u. Stoffen, sol. Vorrat, recht zu billigen Preisen
Gedr.
Kassner
Bülowsstr. 6
am Nollendorfplatz
Sonnabend von 1-6 Uhr geöffnet

ERICH KUTNER
MDL
Warum versagt die Justiz?



Druckhandlung Vorwärts
Berlin S. 1, Udenstr. 2

Gardinen
Stroh, Seid, Lein, Tischdeck.
Gobel, -Dach, -Bevorhänge
sowie fertige
Betten
federleicht
Teppiche
in alle Größen
als auf bequeme
Teilzahlung
zu zu erst günstigen Bedingungen
M. Beiser
Lothring. Str. 67
Sonnabend geöffnet
von 1-4 Uhr

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!



Trauringe
1 Ring, Dukaten-Gold, von 200.— an
1 Ring, 585 gest., von 180.— bis 400.—
1 Ring, 333 gest., von 70.— bis 200.—
Garantieschein für gesetzl. Goldinhalt.
Ausführlicher Katalog gratis!

Platin-, Gold-, Silberbruch
Zahngelasse
alle mit verborgenen 14 u. 18 Karat
aus den berühmtesten Zahntechnikern
Laboratorium Zahntechnik
A. Weidenbach, Hertzstr. 97.
gehob. Ausstattung, 1000 Stück, 1000 Stück
• 1000 Stück, 1000 Stück, 1000 Stück
Bei Kauf mit Bargeld bezahlt.

Große Hagen! Geplatete Hagen
Birkhölzer, frische Hochstamm, 15 M.
Aubelgänse, Setzgänse, Gänse
Gänsefleisch, Reizen, Tränk, Gänsefleisch, frische
Süppchen, junge Hühner, Gänse, Kanarienvogel,
O. Elsholz, Hubertushaus
Reinholdstraße 2.

Sverth & Mittelmann
Bankgeschäft
Geogr. 1875 Berlin C 19, Petripl. 4 1875
gegenüber d. Petri Kirche
Fernspr.: Zentrum 2373, 7163 u. 11341
An- u. Verkauf v. Effekten u. Coupons
Geschäftszeit 9-3

Metall
Osten
Grüner Weg 80
Kupfer, Messing
Blei, Zink etc.

H. Wiese, Juwelier
Telephon: Artilleriestr. 30
Norden 1039
Angenehme Trauring-Fabriken bieten den Publikum eine große Auswahl an feinsten, eleganten, preiswerten Trauringen, die nur zur Herstellung angeht.
Kopp & Joseph
Berlin W 50
Potsdamer Str. 122
In vorz. Qualität und großer Auswahl

Severing über die Schupo.

Die Vorgänge in der Fürstin-Bismarck-Schule.

In der gestrigen Landtagsitzung wurde die Novelle zum Gesetz über die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen (Erhöhung der Steuerhöhe) in zweiter und dritter Beratung angenommen. Der Entwurf betr. die Ergänzung der Bestimmungen über die Zwangsauslösung der Familiengüter und über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels usw. wird verabschiedet. Zur Weiterführung der Königsberger Hafenbauten sollen vorläufig 25 Millionen Mark als Voranschlag sofort zur Verfügung gestellt werden. Darauf wird die Beratung über die Haushalte der Zentralgenossenschaftskasse, Seehandlung, Staatsschuldenverwaltung des Finanzministeriums und der Allgemeinen Finanzverwaltung fortgesetzt.

Abg. Meyer (Dnat.): Die Erfassung der Goldwerte würde die Auslieferung des deutschen Produktionskapitals an die Entente bedeuten.

Abg. Köhler-Weihenfels (Komm.): Das Wasser steht den Gemeinden bis über die Gurgel. Sollen sie nicht zum Bankrott getrieben werden, dann müssen sie sofort den ihnen zustehenden Anteil an den Reichssteuern erhalten.

Abg. Lüdemann (Soz.):

Die Entlastung der Finanzämter von den sinnlosen bürokratischen Methoden muß im Interesse einer raschen Eröffnung der Besteuerung sofort durchgeführt werden. Die Herbeischaffung des Geldes von den Besitzenden und die Zurückstattung der von den Lohn- und Gehaltsempfängern zu viel bezahlten Beträge braucht durchaus nicht zu einem Durcheinander zu führen, wenn praktisch und vernünftig gearbeitet wird. Wir verstehen, daß die Deutschnationalen die Finanzreform wieder rückwärts revolutionieren möchten. Das sind unerfüllbare Wünsche. Jedenfalls sind meine politischen Freunde mit Erbergers Steuerreform in materieller Hinsicht durchaus einverstanden. Nur einen Fehler hat das Reformwerk Erbergers. Zusätzlich mit der materiellen Reform wurde auch eine neue Finanzverwaltung geschaffen. Die Frage war eine starke Verzögerung in der Einziehung der Steuern. Meyer stellte die Sache so hin, als ob wir auf die Militäranwärter besonders schlecht zu sprechen seien. Ich habe nicht gefast, daß diese Leute völlig ungeeignet sind. Ich bin nur der Ansicht, daß der Militäranwärter dieses nicht so gut kann, wie es andere Leute können. Was wir wünschen, ist, daß nur die wirklich geeigneten Kräfte zum Militärdienst herangezogen werden. — Was den Vorwurf betrifft, das Reich mache die Steuern, und die Unzufriedenheiten bei der Durchführung lösten auf den Ländern, da sollten die Deutschnationalen den Mund nicht so sehr voll nehmen, denn ihnen verdanken wir das Finanzwunder. Sie tragen die Schuld dafür, daß Deutschland heute ein armes Land ist. Die Sozialdemokratie hat bisher alles getan, um Ordnung und ein möglichst reibungsloses Arbeiten in der Finanzfrage zu schaffen.

Wir büssen heute heftigste Sünden.

Haben nicht die Deutschnationalen im Reichstag immer dann, wenn es galt die direkten Steuern auszubauen und Geld und Ordnung zu schaffen, verweigert. Kommen sie im Landtag daher und spielen den Kritiker, das ist politisches Pharisäertum! Kein Wunder, wenn wir den deutschnationalen Versicherungen, die Rechte wolle am Aufbau mitarbeiten, Mißtrauen entgegenbringen. Die Deutschnationalen sagen, sie wollten dem Staat Geld beschaffen, aber bei der Grundsteuer bringen sie gleich ganze Bündel Bedenken. Die Grundsteuer soll die Landwirtschaft ruinieren. Nur Unwissenheit oder Unehrlichkeit kann so etwas behaupten. (Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Aussprache. — Die fünf Etats werden nach den Ausschüssen angenommen. Dazu die sonstigen Anträge und Entschlüsse. — Es folgt die zweite Beratung der zurückgestellten Kapitel des Haushalts des Ministeriums des Innern über die Schupo, ferner des Haushalts des Staatsministeriums, der Oberrechnungskammer, des Preussischen Landtags und des Staatsgesetzes für 1921.

Abg. Dr. Meyer-Ostrowski (Komm.): Der Landtag hat für die Interessen der breiten Masse nichts übrig gehabt. Wir lehnen den Etat des Innenministeriums und des ganzen Staatsministeriums ab.

Abg. Ebel (U. Soz.): wünscht das bisherige Vorliegen der neuen Gewerbebesteuerung und begründet einen Antrag auf Abschaffung des Besuchs des Staatsrates. Wir werden jeden Versuch einer arbeitgeberfeindlichen Politik seitens der Koalitionsregierung mit aller Schärfe bekämpfen.

Abg. Dr. Bremer-Regensburg (Dnat.): Der vielfach unfinnigen Finanzgebaren der Gemeinden muß ein Riegel vorgeschoben werden. Wir fordern als Anhänger eines soliden Föderalismus eine kräftige selbständige preussische Politik im Rahmen der Reichspolitik.

Abg. Rabold (U. Soz.): Beim Kapitel der Schupo ist von der so notwendigen Sparpolitik nichts zu spüren. Unbedingt wird verschleiert, wieviel Offiziere in der Schupo sind. Die Ausgaben für die Schupo betragen über 2 Milliarden Mark. Das beweist, daß es sich hier um eine Reichswehr Nummer 2 handelt. — Bei der Besetzung von Kadetten von Benzin, von Kleibern usw. haben Offiziere Schmiergeld genommen. Auf die Anfrage bin blieb es eine Untersuchung bei. Die Zeit drängt, man erlaube aber nichts von einem Relativat der Untersuchung. Die Republik hat ein Interesse daran, gegen die Korruption vorzugehen.

Ministerpräsident Braun:

Dem Abg. Dr. Bremer möchte ich sagen, die Preussische Regierung ist bemüht, ihrem Programm entsprechend eine Politik der Stetigkeit zu treiben. Ich glaube, wir sind auf dem besten Wege dazu. Herr Bremer und seine Parteifreunde tun gut, wenn sie auf jene Kreise einwirken, die propagatorische Verheerung treiben. (Sehr richtig links.) Herr Bremer sprach ironisch von der Schönheit, die doch jetzt bereits abgelaufen sei. Von deutschnationaler Seite hat die Regierung vom ersten Tage an keine Schonzeit ausbitten bekommen. Was die Vertretung Preussens bei den Ländern betrifft, so hat Preußen schon vor längerer Zeit erklärt, daß es bereit ist, auf sie zu verzichten, allerdings nur dann, wenn alle Länder das Gleiche tun. Das ist bisher nicht geschehen. Es kommen nur noch München und Dresden in Frage. Dresden ist vorläufig unentschieden und hier möchte ich die Unabhängigen daran erinnern, daß die schließliche Regierung, der

Unabhängige angehören, gerade ein Weiterbestehen der preussischen Vertretung in Dresden wünscht. (Lebh. hört, hört!). Man verlangt von der Regierung Objektivität.

Die Regierung ist eine Arbeitsgemeinschaft.

keine Parteiregierung. Das Wohl des Ganzen ist ihr Ziel. Sie will ein gutes Verhältnis zur Reichsregierung und ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und Preußen. Reichsregierung und Reichsanwalt sind auch in lokaler Weise zu solcher Zusammenarbeit bereit. Das Staatsministerium ist auch bemüht, den Preußen verfassungsmäßig zustehenden Einfluß dem Reich gegenüber geltend zu machen. Von einer Einschränkung der Rechte Preussens kann keine Rede sein.

Minister des Innern Severing:

Der Abg. Rabold meinte, es bestehe eine Zentrale, die sich bemühe, mit die Vorgänge in der Schupo zu verschleiern. Ich weiß von ihrer Existenz nichts. Aber selbst wenn sie bestände — ich bekomme soviel Privatbriefe täglich und aus den Kreisen der Schupo, daß ich über das, was vorgeht, recht gut informiert bin. Für die Schaffung einer guten und brauchbaren Schupo wäre es auch recht gut, wenn die Partei des Herrn Rabold ihre Angriffe auf die Schupo etwas mäßigte. Statt der Offiziere, die in der Tat aus dem vollen gewirtschaftet haben, sind tüchtige Techniker, Kaufleute und Verwaltungsbetriebe hineingekommen. (Zuruf des Abg. Rabold (U. Soz.): Sind die Offiziere bestraft worden?) Ich habe die Maßnahmen des Ministeriums mitgeteilt. Ich weiß nicht, ob die Staatsanwaltschaft in der Annahme von Geschenken einen Grund zum Vorgehen sieht.

Und nun der Schieferlah! In der Opposition ist es natürlich leicht, einen Ton zu riskieren. In Sachsen und in Braunschweig, wo die Unabhängigen in der Regierung sind, sollen ebenfalls ebenfalls Ausschreitungen der Schupo vorkommen. (Heiterkeit.) Herr Rabold verlangt, daß sämtliche Mitglieder der früheren Hundertschaft zur besonderen Verwendung entlassen werden sollen. Das wäre eine Ungerechtheit gegenüber den Leuten der Hundertschaft, die trotz der Vorkommnisse ihre Pflicht erfüllten. Es muß doch wohl auch solche Leute in der Hundertschaft gegeben haben, wenn Herr Rabold so gut über sie weiß. Wenn Herr Rabold an meiner Stelle stehen würde, er hätte in der

Frage der Aufhebung des Schieferlahs

sicherlich nicht anders gehandelt, wie ich. Der Fall Spitz und der Fall Lohse können sich nicht zur Begründung der Aufhebung des Schieferlahs. Bei der Entschliessung des Spitz kam die Schupo überhaupt nicht in Frage. Das Gleiche ist der Fall bei der Verurteilung des Lohse. In beiden Fällen haben Kriminalbeamte gehandelt. Es ist ein Verdienst der Kriminalpolizei, daß es ihr gelang, einen so gefährlichen Menschen wie Lohse, festzunehmen. (Zuruf des Abg. Rabold.) Ich danke Ihnen Herr Rabold für die Anteilnahme am Schicksal der erschossenen Arbeiter. Aber ich erinnere mich nicht, daß Sie Protest erhoben haben, wenn Beamte der Schupo erschossen wurden. Das Leben der Schupo-Beamten ist ebensoviel wert wie das Leben des Lohse, der einer Räuberbande angehörte. (Hört, hört!) Die Schupo darf nicht das Gefühl bekommen, daß sie von den Zentralbehörden im Stich gelassen wird. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Der Schieferlah ist revidiert worden.

und der neue Erlass wird morgen bekanntgegeben. Dem Erlass sind ferner Richtlinien beigegeben worden. Von der Waffe darf nur soweit Gebrauch gemacht werden, als zur Erreichung des gesetzlichen Zwecks erforderlich ist. Der Verhaftete muß sofort auf die Gefahren, die ein Fluchtversuch mit sich bringt, hingewiesen werden. Angesichts der Verminderung der Bekämpfung ist eine völlige Aufhebung des Schieferlahs unmöglich. Diefelbe Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums, die im Falle Lohse eingeschritten hat, nahm Mitglieder einer Räuberbande fest, in deren Besitz sich eine Broschüre befand, die den Titel trug: „Der organisierte Schieferlah“. Die Broschüre ist auf die kommunistische Partei und auf die Unabhängigen rechtlich zu beziehen. Die kommunistische Partei steht der Broschüre fern. Einige Stichproben aus der Broschüre zeigen, daß hinter politischen Phrasen das Räuberhandwerk sich breit macht. (Zuruf des Abg. Meyer (U. Soz.): Herr Minister, wie können Sie dieses Zeug ernst nehmen!) Nach den mitteldeutschen Unruhen würde der keine Pflicht verletzen, der diese Dinge ernst nimmt. Die Beamten, die das Verbrechen bekämpfen, müssen von der Regierung geschützt werden.

Nun ein Wort zu den Deutschnationalen.

Im Fall Raubentlicher haben sowohl der Regierungspräsident, wie der Oberpräsident kein Bedenken gehabt, die Bestätigung zum Landrat zu erteilen. Die Deutschnationalen erwecken immer wieder den Eindruck, als ob nur sie für den Staatsdienst als geeignet betrachtet. Von dieser Auffassung müssen Sie sich ein für allemal losmachen. Ich habe nicht von einer Zurückstellung der Offiziere gesprochen. Ich will nur, daß der Schaden der einzelnen Personalpolitik von früher, wodurch die Arbeiterschaft immer benachteiligt wurde, wieder gut gemacht wird. Meyer rechts und Meyer links haben Ueberlieferungen herbeigetragen, die einer Prüfung nicht standhalten. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. von Winterfeld (Dnat.) verlangt wirtschaftliche Sicherstellung der Schupo-Beamten. Die Schupo darf nicht vermindert werden.

Abg. Gölke (Komm.): Es steht nunmehr fest, daß Spitz ermordet worden ist. Der Redner bringt Fälle von angeblichen Gräueltaten der Schupo in Mitteldeutschland und gegen Gefangene vor. Wir beantragen Aufhebung der Verpflegung der Schupo-Beamten, sich vor der Eheführung erst eine Heiratserlaubnis einzuholen. Beamten und Offiziere in ihr müssen die gleichen Gehälter erhalten.

Abg. Mehnert (D. Sp.) weist als Mitglied des Untersuchungsausschusses über Mitteldeutschland die unerhörten Anarisse gegen die Schupo zurück. Ihr gebührt vielmehr unser allerwärmster Dank.

Die Aussprache schließt. Der Etat der Schupo wird angenommen.

Die Haushalte des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten werden nach dem Hauptausgabenantrag genehmigt. Zur Beratung des Staatsministeriums in den Angelegenheiten, die mit der Schaffung eines „Groß-Hamburg“ zu-

ammenhängen, soll ein besonderer Einundzwanziger-Ausschuß eingesetzt werden.

Ebenfalls genehmigt wird der Haushalt der Oberrechnungskammer und der Haushalt des Preussischen Landtages. Der Antrag Limberg (Soz.), der wünscht, daß an Sitzungstagen des Landtages neben der preussischen Flagge auch die schwarzrot-goldene Reichsflagge gehißt wird, geht auf Antrag Heilmann (Soz.) an den Hauptauschuß zurück, der darüber zu entscheiden habe, ob die Entscheidung hierüber überhaupt Sache des Landtags sein oder ob nicht vielmehr der Landtagspräsident hierüber selbständig zu entscheiden habe.

Als neunter Punkt der Tagesordnung folgt nun die Große Anfrage der Abg. Frau Lehmann, Otto-Charlottenburg und Braun und Genossen über die

Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule in Charlottenburg.

Abg. Otto (Dem.): Der Erlass des Ministers Haenisch wurde vom Minister Beder wieder aufgehoben, weil Licht und Schatten nicht gleichmäßig auf beide Parteien verteilt waren.

Abg. Wegscheider (Soz.): Wir entschlossen uns zu der Großen Anfrage, als Minister Beder den Erlass des Ministers Haenisch zurücknahm. Diese Zurücknahme war politisch bedeutungsvoll. Wir mußten die Frage aufwerfen: Wie kommt es, daß dieselben Beamten zu dem einen und dann wieder zu dem anderen Entschluß kamen? Die ganze Streitfrage hat ergeben, daß mit den alten Disziplinarrichtungen nicht weiter zu kommen ist. Es ist Zeit, ein neues Disziplinarrecht zu schaffen, das dafür sorgt, daß bei der Entscheidung auch die Beamten der gleichen Kategorie mitsprechen. — Nach der Entscheidung des Ministers Beder mußte man sich fragen: wo bleibt nun die Kontinuität, von der der Minister Beder gesprochen hat? Der Abg. Otto meinte, eine objektive Feststellung der Schuld sei nicht erreichbar. Die „schwierige Lage“ soll als Entschuldigung dienen. Wer schuf die schwierige Lage? Der Direktor selbst. Sein Gebahren schreckte nicht vor dem Mißbrauch der Amtsverfügungsgewalt zurück. Wenn man als Entschuldigung sagt, die Streifschüsse sei nicht juristisch zu fassen, dann war sie doch mindestens verwaltungsmäßig zu fassen. Die Wahrheitsbeweise sind angeboten worden. Es geht nicht an, daß der Streit schließlich ein Ende nehmen soll in einer Art und Weise, die den Direktor in der Öffentlichkeit als gerechtfertigt erscheinen läßt.

Minister Dr. Beder: Welches waren die Gründe, die zur Zurücknahme des Erlasses führten? Eine Berufungsinstantz urteilt immer milder, als die erste Instanz. So auch in diesem Fall. Schon als Staatssekretär habe ich bei der Entscheidung des Ministers Haenisch nicht voll gebilligt, vor allem nicht die Verlesung. Die Verlesung war für mich eine Unmöglichkeit, da die Entscheidung sachlich unhaltbar war. Herr Burg hat sicher schwere Fehler begangen, aber man kann ihn, der die Schule aufgebaut hat, wegen der Schwierigkeiten in seinem Kollegium nicht einfach an eine schlechtere Stelle versetzen.

Das Haus tritt in die Debatte ein. Nach dem Abg. Holz (U. Soz.) und der Abg. Frau Garnich (D. Sp.) verteidigt Abg. Haenisch (Soz.) sein Verhalten in dem Konflikt an der Fürstin-Bismarck-Schule.

Abg. Holz (U. Soz.): Die Deutschnationalen haben nunmehr erreicht, was sie wollten. Herr Burg ist in Amt und Würden, die Schulreformer mühen sich weichen.

Abg. Frau Garnich (D. Sp.): Die Beunruhigung ist hervorgerufen worden dadurch, daß der Kultusminister Haenisch unter Uebergehung des Provinzial-Schulkollegiums eine Untersuchung einleitete und einen Ministerialrat schickte, der seine Untersuchung offensichtlich mit einer vorgefassten Meinung begann.

Abg. Haenisch (Soz.): Mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses kann ich mich nur im „Telegrammstil“ zu den Angriffen gegen mich äußern. Ich bestreite nicht, daß Minister Beder formell berechtigt war, meine Entscheidung umzustößen. Aber es ist eine andere Frage, ob es politisch richtig war, dies ohne eine neue Untersuchung zu tun. Es ist parlamentarisch ungewöhnlich, daß der deutschnationale Abg. Pflug seine Anklage gegen Geheimrat Engler richtete, während ich doch die parlamentarische Verantwortung trage und auch nicht scheue. Geheimrat Engler war ein sehr tüchtiger und objektiver Mann. Er gehört übrigens nicht meiner Partei an. Der Vorwurf der Parteilichkeit erreicht nicht einmal seine Fußspitzen. Er war schon vor der Revolution im Ministerium, betätigte sich im liberalen Sinne und stellte sich nach der Revolution auf den Boden der Tatsachen. Das hat ihm offensichtlich die Rechte nicht verziehen. Dr. Pflug hat

unter dem Schutz der Immunität

gegen Professor Kawerau die schwersten, aber unnoch zu erheben. Das ist eine politische Taktlosigkeit ersten Ranges. Professor Kawerau nimmt übrigens in seinem neuen Wirkungskreis eine sehr geachtete Stellung ein. Er ist alles andere als eine komische Figur, als den ihn Dr. Pflug hinstellt hat. Dr. Pflug hat auch die Taktlosigkeit befallen, aus einem Privatgespräch mit Professor Trösch eine etwas herbe Aeußerung parlamentarisch zu verwenden. Prof. Trösch hat in einem Schreiben an mich seine Aeußerung zuerueben, aber gleichzeitig um Ausdruck gebracht, daß er meine Amtsführung damit nicht habe treffen wollen. Dr. Pflug hat auch die politische Geschmacklosigkeit befallen, von einem „Saufstall“ zu sprechen. Dr. Pflug ist ferner als Wächter der Demokratie aufgetreten. Was er da aber verteidigt, war nicht Demokratie, sondern Anarchie. So lassen wir denn doch nicht die Rechte der Elternräte auf. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Eine starke Minderheit stand gegen den Direktor Burg. Der Direktor hat die Belastungsprobe, die der Streit brachte, nicht ausgehalten. Er war ihm nicht gewachsen. Konferenzen über Konferenzen und Ausschall des Unterrichts — alles um eines Nichts willen. Es war die Pflicht eines republikanischen Ministers, die Minderheit der Schulreformer gegen den Terror der Mehrheit zu schützen. Die Entscheidung des Ministers Beder, durch die mein Erlass zurückgenommen worden war, bedeutete

für die Reaktion ein Signal.

Draußen im Lande laute man: jetzt weht ein neuer Wind. Und die Reaktion hat Oberwasser bekommen. Hier liegt die politische Bedeutung der Entscheidung Beders. Der „Demokrat“ Burg, der die Verfügungen des Ministeriums sabotierte, der in den Klassen abstimmen ließ, ob die Kaiserbilder bleiben sollen oder nicht, war eines besonderen Schicksals eines demokratischen Ministers nicht wert. Die Verlesung war die mildeste Strafe, die ihn treffen konnte.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) verteidigt die Gedanken und Ideen des Bundes der unabhängigen Schulreformer.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Kleine Anfragen, Dritte Lesung des Etats. Schluß 9 Uhr.



Sonst lehnt er ab —
aber,
 wenn ihm jemand eine gute Massary-Zigarette anbietet — zumal die Roal — greift er gleich zu.
 Wie kommt das? **Urteilen sie selbst!**
Massary-Royal 70s

